



clara.

Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag · Nr.2

Memorandum

für eine demokratische, freiheitliche,
soziale und Frieden sichernde
Europäische Union

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Gregor Gysi: Europas Zukunft kann nur sozial und demokratisch sein 3



Axel Troost: Links bedeutet auch, Spaß an Politik zu haben 4



Oskar Lafontaine: Was gescheitert ist, lässt sich nicht retten 6

Francis Wurtz:
Europa hat ein lebenswichtiges Bedürfnis – einen kritischen Geist 9

Diether Dehm: Dem Eigentum verpflichtet! 10

Jan Korte: Begegnung mit einer kleinen, großartigen Powerfrau 12

Gauweiler gegen Merkel: EU-Verfassung vor dem Kadi 14



Petra Pau, Wolfgang Neskovic: Doppelmoral endlich aufdecken 15

Cornelia Heintze: Skandinavischer Wohlfahrtsstaat –
zwei Basislektionen gegen falsche Vereinnahmung 16

Martina Bunge: Niemand soll sagen, er habe es nicht gewusst 20

Claudia Nier und Axel Goldmann:
Wenn das so weiter geht, brauchen wir eine Beratungsstelle 21

Kirsten Tackmann: Neue Energien für die Prignitz 22

Paul Schäfer im Interview: Mehr UNO und weniger NATO 24

Gesine Lötzsch, Ulrich Maurer: Lernen von der Tomatenpartei 26

Halina Wawzyniak: Faible für Paragraphen und Hanteln 28

Ulla Lötzer: Glückwunsch, Kollege! 30

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227 51170
Fax: 030/227 56128
fraktion@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Verantwortliche Redakteurin: Marion Heinrich
Layout und Satz: DiG | TRIALON
Druck: Mediaservice
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer MdB,
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktionsschluss: 6. Februar 2007

Clara im Abonnement:

www.linksfraktion.de/bestellformular.php



Europas Zukunft kann nur sozial und demokratisch sein

Seit Jahresbeginn umfasst die Europäische Union durch den Beitritt von Bulgarien und Rumänien 27 Mitgliedsstaaten. Seit ihrer Gründung vor 50 Jahren ist die EU zwar größer, aber kaum demokratischer und nicht sozialer, ökologischer und friedfertiger geworden. Die EU befindet sich seit dem Scheitern der Referenden über eine EU-Verfassung in den Niederlanden und in Frankreich außerdem in einer ernsthaften Krise.

Für das erste Halbjahr 2007 hat Deutschland die turnusmäßige EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Bundeskanzlerin Merkel hat die Hoffnung, noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament die EU-Verfassung bestätigt zu bekommen. Mit ihrem Vorgehen, die skeptischen Völker auszutricksen, indem man dem alten Entwurf eine neue Verpackung gibt, wird sie die Verdrossenheit über die EU bei den Bürgerinnen und Bürgern nur noch steigern.

An einer europäischen Verfassung, die schließlich für alle EU-Völker gelten soll, müssten die Bevölkerungen direkt beteiligt werden, statt sie an ihnen vorbei in Brüsseler Kungelrunden ein bisschen umzufrisieren. Und es würde einem wirklich demokratischen Europa gut anstehen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger an einem Tag gemeinsam über die Verfassung abstimmten. Auch bei uns, wo Volksabstimmungen erst gar nicht vorgesehen sind. Der alte Entwurf scheiterte an seiner deutlich neoliberalen Ausrichtung auf eine »offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb«. Mit Marktwirtschaft und

Wettbewerb verbindet die Mehrheit der EU-Bevölkerungen nicht mehr Chancen, sondern zunehmend Unsicherheit und Bedrohung ihrer Existzenzen und ihres Zusammenlebens. Sie erleben einen forcierten Sozialabbau, den Abbau von Arbeitnehmerrechten wie dem Kündigungsschutz, einen Druck auf die Löhne und eine weitere Umverteilung über Steuern und Abgaben, bei denen die Unternehmen und Vermögenden entlastet, die Einkommen der abhängig Beschäftigten und Sozialleistungen Empfangenden stärker belastet werden.

Hierbei hat Deutschland eine verheerende Führungsrolle übernommen, die es unter seiner Ratspräsidentschaft fortzusetzen gedenkt. Mit einer weiteren Absenkung der Unternehmenssteuern setzt es andere Staaten unter Druck, dieses auch zu tun. Mit der seit Jahren betriebenen Senkung der Reallöhne und der Lohnstückkosten wird ein Lohndumping auch in den anderen Ländern gefördert. Eine solche EU, die einseitig den Minderheiten und Konzernen dient, wollen wir nicht.

Deshalb haben die europäischen Linksparteien, darunter auch wir, einen »Berliner Appell« für eine soziale und demokratische EU initiiert.

Darin verlangen sie unter anderem soziale und ökologische Mindeststandards in allen EU-Mitgliedsländern, um der Dumpingkonkurrenz entgegenzuwirken. Gesetzliche Mindestlöhne sind erforderlich, um der Konkurrenz immer niedrigerer und sittenwidriger Löhne Einhalt zu gebieten. Selbst die große Koalition aus Konserva-

tiven und Sozialdemokraten in Österreich will als 19. EU-Land einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 1.000 Euro im Monat einführen. Der Merkel-Müntefering-Regierung gehen nicht nur die Argumente, sondern auch die Länder aus, die sich bisher weigerten, einen solchen Mindestlohn, wie ihn die Linke auch für unser Land fordert, einzuführen.

Und DIE LINKE. plädiert für ein Europa, das sich in der Außenpolitik dem Völkerrecht verpflichtet fühlt, sich nicht an völkerrechtswidrigen Kriegen wie gegen den Irak beteiligt und ab- statt aufrüstet. Es ist wohl ein Novum in der Geschichte, dass ein Verbund von Staaten die militärische Aufrüstung zum Verfassungsziel erklären will.

Deshalb muss dieses EU-Europa wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden: in sozialer, ökologischer und demokratischer Hinsicht und bezüglich einer sich dem Frieden verpflichtenden Außenpolitik. Sonst hat dieses Europa keine Chance, vielleicht noch bei den Konzernen, aber nicht bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.

Mit solidarischen Grüßen

Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE.

Links bedeutet auch, Spaß an Politik zu haben

Wer Axel Troost nicht kennt und mit ihm verabredet ist, den erwarten gleich mehrere Überraschungen. Wer Überraschungen auch mit Aha-Effekten verbindet, der hat noch mehr Genuss von einer Begegnung mit ihm. Ihm zuzuhören und zuzusehen macht einfach Spaß. Nicht nur, dass er die Gestalt und Gutmütigkeit von Obelix hat, Axel Troost – man verzeihe den Vergleich – vereint zugleich auch den Gegenpart der beiden Trickfilmhelden in sich. Er hat ebenso die Leidenschaft und den zupackenden Geist von Asterix. Nur spielt sich sein Leben nicht in den weiten gallischen Ebenen, sondern zwischen Bremen und Sachsen, dem Sitz seiner Abgeordnetenbüros, sowie dem Bundestag in Berlin ab.

Axel Troost ist finanzpolitischer Sprecher der Fraktion und hat Spaß, Spaß an Politik, und das schon seit frühester Jugend. Seine linke ›Prägung‹ bekam er auf der Eliteschule Salem. Offensichtlich gab es damals dort Mentoren – zu seinem Klassenlehrer hat er noch heute freundschaftlichen Kontakt –, die dem jungen Wilden soziales Engagement vorlebten. Gymnasiast Troost konnte es kaum er-

warten, 16 Jahre alt zu werden, um den ersten SPD-Ortsverein in jenem Kaff zu gründen. Er organisierte Seminare zur Problematik der dritten Welt und hoffte auf rege Beteiligung in der Schülerschaft. Nicht einer kam zu seinem Seminar. Diese Ignoranz war für ihn kaum zu ertragen. Deshalb trat er in den Hungerstreik – drei Tage lang. Geschadet hat es ihm nicht – im Gegenteil. Er begriff, man muss Mehrheiten gewinnen.

Es war Anfang der siebziger Jahre, die Zeit des Rechtsrucks in der SPD, die Zeit der Berufsverbote, und er trat recht schnell wieder aus der Partei aus. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Marburg promovierte er über die Verteilungswirkung der Staatsverschuldung. Er wollte nachweisen, dass die Reichen durch die Staatsverschuldung immer reicher, die Armen dadurch immer ärmer werden. Diesen Nachweis konnte seine Doktorarbeit nicht erbringen. Denn die Reichen werden nicht immer reicher, weil es die Staatsverschuldung gibt, sondern weil sie durch eine zu geringe Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen ständig mehr Geldvermögen bilden können.

»Ich muss Sachen liebevoll machen.«

Axel Troosts Stil, sich mit wirtschaftspolitischen Problemen und Alternativen zum Kapitalismus auseinanderzusetzen, ist gründlich, wissenschaftlich exakt. Er ist seit 1981 Geschäftsführer der ›Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik‹ (Memorandumgruppe) und nennt diesen Stil: »Eine Sache liebevoll machen.« »Liebevoll machen« steht synonym für vollen Einsatz, keine Halbheiten oder Mogeleien im politischen Alltagsgeschäft.

Er mag es bis heute nicht, über Dinge zu reden, die er nicht verstanden hat. Er kann nur vertreten, wovon er auch überzeugt ist. Innerlich überzeugt ist er nur, wenn er selber auch ›Ableitungen‹ finden kann. Logisch, er ist viel zu sehr Wissenschaftler und praktischer Macher. Sich nur in der Theorie alternativer Wirtschaftsforschung zu bewegen, war ihm von Anfang an zu wenig.

1984 gründet er aus dem Nichts die ›PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung

GmbH und hat Erfolg. Es sind Erfolge des tüchtig Umsichtigen. Seine Erfahrungen und Neugier prädestinieren ihn für wirtschaftliches Neuland im Osten. Hier ist nach der Wende die Arbeitslosenquote besonders hoch. Arbeitsplätze werden immer weniger, und doch wird Arbeit immer mehr. Ein Paradoxon, geradezu pervers in einem reichen Land, wenn einem Millionenheer an Arbeitslosen ein Berg an unerledigten gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Aufgaben gegenübersteht, die wegen fehlender kaufkräftiger Nachfrage nicht zu Erwerbsarbeit werden.

»Bedenkenträger gibt es immer, wenn man Neues versucht.«

Von 1990 bis 2001 ist Axel Troost zusätzlich Geschäftsführer der ›BÜSTRO Büro für Strukturforschung Rostock GmbH. Eine Machbarkeitsstudie in der Modellregion Rostock soll neue Denkansätze und Modelle im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzeigen. Die Studie erbringt den Nachweis trotz hunderter ›Bedenkenträger‹, wie Troost sie nennt. 13 Leitideen bilden den Kern der Idee GAP (Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte). Dazu gehören u.a. längerfristige Beschäftigung, ortsübliche Bezahlung nach Qualifikation, Transparenz, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Fast 500 Arbeitsplätze wurden allein in der Region Rostock regional geschaffen und durch eine Regie-stelle betreut. Immerhin – Arbeitsplätze z.B. in Nachbarschaftshilfe, Betreuung für Kinder und ältere Bürger, Tourismus-, Kultur- und Ökologieprojekten. Die rot-rote Regierung von Mecklenburg Vorpommern wurde so Vorreiter für neue Ideen auf dem Arbeitsmarkt. Es hätten noch mehr sein können, meint Troost.

In Mecklenburg-Vorpommern stellt inzwischen wie im Bund eine Große Koalition die Regierung. Mit Verbitterung nimmt Axel Troost zur Kenntnis, dass in großen



Teilen der SPD, ebenso wie in der CDU, nicht wirklich Maßnahmen zum Abbau von Arbeitslosigkeit in Angriff genommen werden. Es seien Scheinaktivitäten. Die SPD hat sich von ihren Grundsätzen, von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, verabschiedet. Neben der Steuerpolitik seien die Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik die gesellschaftlich fatalste Fehlentscheidung der rot-grünen Regierung nach 1998. Zunehmende Ausgrenzung, Chancenlosigkeit und vererbte Armut als deren Auswirkungen machen Axel Troost wütend. Dies hat ihn auch dazu gebracht, 2004 die WASG mit zu gründen, in deren Geschäftsführendem Vorstand er heute noch ist. Er wird immer wieder bohrend nachfragen, was andere Parteien wirklich zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen.

»Wir müssen eine linke Bewegung organisieren, die überzeugend sagt, so geht es nicht.«

Bremen ist seit 24 Jahren seine Wahlheimat. Am 13. Mai dieses Jahres finden Bür-



gerschaftswahlen statt. Zum ersten Mal hat die neue Linke in einem Landtag der alten Bundesländer eine reale Chance einzuziehen. Das hätte natürlich Signalwirkung für die ganze Republik. Ein doppelter Konjunktiv ist aber nicht Axel Troosts Sache. Noch ist die Linke nicht drin, obwohl viele an einen Sieg glauben oder glauben wollen. Die Wahlkämpfer stehen in den Startlöchern. Massenarbeitslosigkeit und Armut, Bildungsfragen und Chancengleichheit sind auch in der ehemals reichen und sozialen Hansestadt die beherrschenden Themen.

»Es reicht nicht, darüber zu schreiben, es reicht nicht auf Demos zu latschen, wir müssen eine linke Bewegung organisieren, die überzeugend sagt, es geht konkret auch anders.« Sein Part sei es nicht vorrangig, Betroffene einzusammeln, sein Part sei es aufzuzeigen, welche machbaren Alternativen es gibt, meint Axel Troost. Mit überzeugenden, akzeptablen Lösungsansätzen will er auch Bürger aus Mittelschichten ansprechen, stadtteilbezogene Konzepte vorstellen, die real umgesetzt werden können. Ein ›Kühlschrankklima‹, in dem heute bereits jedes vierte Bremer Kind arm ist, können letztlich auch betuchte Hanseaten nicht hinnehmen.

Beweise dafür, dass DIE LINKE. gesellschaftliche Themen nachhaltig setzen kann, habe z. B. die Mindestlohnkampagne der Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr gezeigt. Seit Axel Troost im Herbst 2005 in den Bundestag einzog, ist der Samstag zum Regelerarbeitstag für ihn geworden. Seine Dauerkarte bei Werder Bremen hat er deshalb inzwischen aufgegeben. Schade eigentlich, denn Werder Bremen ist in Siegerlaune. Marion Heinrich



Oskar Lafontaine: Was gescheitert ist, lässt sich nicht retten

Der Fraktionsvorsitzende im Gespräch mit der Wochenzeitung »Freitag« über die Europäische Verfassung, den Kellner in Paris und die Erleuchteten in Berlin

Warum legt sich aus Ihrer Sicht die Kanzlerin so sehr darauf fest, als EU-Ratspräsidentin unbedingt den komatösen Verfassungsprozess zu reanimieren?

Das kann ich mir ehrlich gesagt nicht erklären, aber ich beurteile den Zustand des Verfassungsprozesses genauso wie Sie. Es wird sehr schwer sein, die europäischen Staaten dafür zu gewinnen, eine solche Verfassung zu verabschieden. Was auch immer passiert, die Linke fordert, dass durch Volksabstimmungen in allen EU-Staaten über eine EU-Verfassung entschieden wird, weil es seit Jahren der Webfehler der europäischen Entwicklung ist – man denke an die Verträge von Maastricht, die Einführung des Euro oder die Ost-erweiterung –, ausnahmslos über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu entscheiden. Wer so handelt, der sorgt dafür, dass die

Europäische Union zu einer undemokratischen Bürokratie verkommt.

Die Bundesregierung hat neben der Verfassung die Vollendung des europäischen Binnenmarktes oder – gerade heftig debattiert – die Energiesicherheit zu Schwerpunkten Ihrer Ratspräsidentschaft erklärt. Wären Sie in vergleichbarer Verantwortung, welche Prioritäten würden Sie setzen?

Die Linke würde sich vor allem dafür einsetzen, den europäischen Markt Regeln zu unterwerfen, die besonders für den so genannten Arbeitsmarkt gelten. Ein schreckliches Wort, weil es suggeriert, es handelt sich um Waren, die über diesen Markt vermittelt werden, und nicht um Menschen. Die Linke würde sich zudem für Mindestlöhne in allen EU-Staaten

einsetzen, weil die unverzichtbar sind, um den europäischen Binnenmarkt so zu regeln, dass die Europäer nicht permanenter sozialer Verunsicherung ausgesetzt sind.

Und energiepolitisch?

In dieser Hinsicht muss man sehr aufmerksam sein, denn derzeit gewinnt in Europa die amerikanische Auffassung merklich an Boden, wonach Energieversorgung gegebenfalls auch militärisch zu sichern sei. Das hört man in Deutschland besonders aus der CDU. Ein gefährlicher Irrweg.

Sie meinen den erweiterten Sicherheitsbegriff aus dem Weißbuch von Verteidigungsminister Jung.

Ich meine eine fundamentale Veränderung der deutschen Außenpolitik, die darin besteht, die Verfassung zu missachten

und die Bundeswehr über ihren Verteidigungsaufrag hinaus exzessiv einzusetzen. Wir haben erlebt, wie das Völkerrecht beim Jugoslawien-Krieg, beim Afghanistan-Krieg gebrochen wurde. Auch beim Irak-Krieg, an dem wir gleichfalls beteiligt sind, wie es das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, weil wir in Deutschland Flugplätze für die US-Armee bereitstellen und die Bundesmarine amerikanischen Kampfschiffen während der Kampfhandlungen im Irak Begleitschutz gewährt hat. Diese Fehlentwicklungen der deutschen Außenpolitik würden verschärft, wollte man jetzt auch noch die Energiequellen militärisch sichern. Ein solches Vorgehen haben Willy Brandt oder Helmut Schmidt stets abgelehnt.

Sie sagen in Ihrem EU-Memorandum, mit den Referenden in Frankreich und den Niederlanden sei der Verfassungsvertrag gescheitert. Man könnte entgegnen, immerhin ist er in 17 Staaten bereits ratifiziert worden. Außerdem dürfte es im Juni einen neuen französischen Präsidenten oder eine Präsidentin geben, das könnte einiges bewegen. Erhalten Sie Ihr Urteil dennoch aufrecht?

Ja, aber aus anderen Gründen. Das Entscheidende ist doch – eine EU-Verfassung muss von der Bevölkerung gewollt sein, sonst ist es keine Verfassung, sondern ein oktroyiertes Regelwerk. Und die Bevölkerung in Europa ist mit der neoliberalen Politik, wie sie diese Verfassung feststellt, eindeutig nicht einverstanden. Diese Politik hat in der EU zu höherer Arbeitslosigkeit und zu größerer Armut geführt. Außerdem verstehen wir als Linke Demokratie nicht als formalen Akt, sondern als eine Regierungsform, bei der die Interessen der Bevölkerungsmehrheit nicht missachtet werden, wie das bei den Beschlüssen der EU-Exekutive – ob nun im Europäischen Rat oder der EU-Kommission – permanent der Fall ist. Wir sehen doch in Deutschland, wie der Bundestag, der sich als Versammlung von Erleuchteten empfindet, immer wieder gegen die Mehrheit des Volkes abstimmt. Denken Sie an die Rente, die Mehrwertsteuer und an die Gesundheitsreform. Nehmen Sie die ausufernden Auslandseinsätze der Bundeswehr, die dem Willen der Mehrheit widersprechen. Es wird immer wieder im Parlament das Gegenteil von dem beschlossen, was die Mehrheit außerhalb des Parlaments für richtig hält.

Braucht Europa überhaupt eine Verfassung? Reicht nicht eine Charta der Grundrechte?

Wenn man die europäische Einigung forsetzen will und an der Vision von den Vereinigten Staaten in Europa festhält, wie ich das tue, dann ist eine EU-Verfassung schon ein Fortschritt. Nur darf der Verfassungstext kein solcher Torso sein wie das vorliegende Papier. Es reicht ein kurzer Text, mit dem sich die EU-Staaten auf Prinzipien Ihres Zusammenwirkens verständigen und nicht jedes Detail regeln. Aber zu diesen Grundsätzen gehören eben die Sozialstaatlichkeit und die Verpflichtung des Eigentums gegenüber dem Gemeinwohl. Solche Bestimmungen, die den Marktradikalismus einschränken, fehlen bisher völlig.

Aber leisten Sie nicht einer verbreiteten EU-Skepsis Vorschub, wenn Sie prinzipiell an einer EU-Verfassung festhalten? Wie die auch immer aussehen mag, sie erweckt beim Bürger zwangsläufig den Eindruck: Jetzt gibt es noch mehr Fremdsteuerung, noch mehr Undurchschaubarkeit und so weiter. Weil das so ist, kann nur die gründliche Debatte eines einfachen Textes diesen Eindruck abschwächen. Es war für mich ein besonderes Erlebnis, als ich mich in Frankreich vor dem dortigen Verfassungsreferendum im Mai 2005 an der Non-Kampagne beteiligt und dabei erfahren habe, wie genau die Franzosen den Verfassungstext kannten. Selbst Taxifahrer und Kellner haben mich in Paris daraufhin angesprochen, das würde ich mir auch für Deutschland wünschen.

Warum plädieren Sie für eine wirtschaftspolitische Neutralität der Verfassung und nicht dafür, die soziale Marktwirtschaft verfassungsrechtlich zu verankern?

Wir sagen an der betreffenden Stelle unseres Memorandums zugleich, die Verfassung muss gegenüber einer gemischten wirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor offen sein...

...aber der Begriff von der wirtschaftspolitischen Neutralität fällt ins Auge.

Diese Formulierung wurde deshalb verwendet, weil bisher der Eindruck erweckt wurde, die neoliberalen Ordnung sei alternativlos und verdiene es, in den Rang eines Verfassungsgebots erhoben zu werden. Es kann überhaupt kein Zweifel bestehen, für wie existenziell wir einen starken öffentlichen Sektor halten, der selbstverständlich Ausdruck eines bestimmten Wirtschafts- und Staatsverständnisses ist. Hätten wir in Deutschland einen öffentlichen Sektor, der so stark wäre wie in Dänemark oder in Schweden, dann hätten wir rein rechnerisch keine Arbeitslosigkeit. Aber diese einfachen Zusammenhänge sind leider in der deutschen Diskussion weitgehend unbekannt.

Bedingen die sozialen Standards, um die es Ihnen geht, nicht auch ein höheres Maß an makroökonomischer Steuerung, etwa durch die Europäische Zentralbank?

Zunächst einmal: Die Linke ist als einzige politische Kraft der Auffassung, dass die Verfassung der Europäischen Zentralbank EZB im Sinne einer klassischen Wirtschaftspolitik geändert werden muss. Um diesen Gedanken auch Leuten nahe zu bringen, die linker Politik skeptisch gegenüberstehen, verweisen wir immer auf die amerikanische Zentralbank, die nicht nur für die Stabilität der Währung zu sorgen hat, sondern ebenso verpflichtet ist, Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Allein das pure Abschreiben der Verfassung der US-Zentralbank wäre schon ein großer Fortschritt für die Europäische Zentralbank.

Inwiefern?

Weil die EZB ihre Politik dann nicht mehr an einem völlig überholten Regelwerk ausrichten müsste, wie es der Vertrag von Maastricht vorschreibt. Nehmen Sie das vergangene Jahr: Hat eine Bundesregierung den Mut, einmal nicht zu kürzen, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, und wird



sie außerdem von der Weltkonjunktur unterstützt, bewahrheitet sich die alte linke Formel: Nur Wachstum saniert die Haushalte. Deshalb muss der so genannte EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt, der irreführender Weise auch noch Wachstumspakt genannt wird, geändert werden. Gleichzeitig aber brauchen wir auf europäischer Ebene eine Harmonisierung der Steuerpolitik. Im Gegensatz zu den konservativen Parteien wollen wir das nicht nur bei den indirekten, sondern – was viel wichtiger ist – auch bei den direkten Steuern wie der Einkommens-, der Vermögens- oder der Zinsertragssteuer. Solange hier nicht harmonisiert wird, solange beispielsweise in Österreich keine Vermögenssteuer erhoben wird, werden alle Neoliberalen in Deutschland sagen, wir dürfen auch keine einführen, weil sonst unsere Reichen abwandern.

Der vorliegende EU-Verfassungstext sieht unter anderem einen europäischen Außenminister vor. Wäre das nicht – auch mit Blick auf das Verhältnis zu den USA – einen Fortschritt?

Auf jeden Fall, aber das setzt voraus, dass die Europäer zu einer gemeinsamen Außenpolitik fähig sind. Ansonsten hat ein solcher Außenminister keine Funktion.

Von ihm könnte ein gewisser Zwang zur Einigung ausgehen.

Sehen Sie sich doch den EU-Außenbeauftragten Solana an. Hat der so etwas wie eine gemeinsame Irak-Politik der EU bewirkt? Wenn man einen europäischen Außenminister will, muss zuerst die Frage beantwortet sein: Wie soll eine europäische Außenpolitik überhaupt aussehen? Die Linke setzt sich für eine völlige Neuorientierung ein, die einem Grundprinzip folgt: Gleiches Recht für alle. Das heißt, das Völkerrecht muss für alles gelten, der Atomwaffensperrvertrag muss für alle gelten – der große Fehler der Schröder-Fischer-Regierung bestand doch darin, den ständigen Bruch des Völkerrechts zur Grundlage einer vermeintlich neuen Rolle Deutschlands in der Welt machen zu wollen.

Sie regen den Aufbau eigener europäischer Streitkräfte an. Sollten die bündnispolitisch neutral sein?

Wir wollen eine Außenpolitik, die eine Sicherheitspartnerschaft mit anderen ermöglicht, natürlich auch mit den USA, und bei der klar ist: Die EU darf sich niemals in eine US-Politik einbinden lassen, die der Eroberung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten dient, wie das manchmal aus den gedankenlosen Statements so genannter außenpolitischer Experten anderer Parteien heraus zu hören ist.

Sicherheitspartnerschaft ohne die NATO?

Ja, denn die NATO in ihrer früheren Form gibt es nicht mehr. Es ist unter maßgeblicher deutscher Beteiligung gelungen, die westliche Allianz in ein Interventionsbündnis umzufunktionieren, Stichwort: die törichte Struck-Formel, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt. Eine der absurdesten Aussagen, die ich je von einem deutschen Politiker gehört habe. Die Gedankenfauheit führt dazu, dass man nie auf die Idee kommt, den Satz einfach umzudrehen und sich vorzustellen, dass ein Afghane sagt, mein Land und die Ehre meines Clans werden auch in den Alpen verteidigt.

Warum sagen Sie in Ihrem Memorandum nichts zu künftigen Erweiterungsoptionen der EU?

Weil wir der Meinung sind, dass die jüngsten Erweiterungen zunächst einmal verarbeitet werden müssen. Wir sagen das nicht nur, weil sie in undemokratischer Weise über die Köpfe der Bevölkerung vollzogen wurden, sondern auch als Instrument zum Lohn- und Sozialdumping, auch Steuerdumping, missbraucht werden. Deswegen sind ja die Wirtschaftsverbände so vehement für die Osterweiterung eingetreten. Solange das so ist, kann sich eine Linke nicht über Erweiterung äußern, sondern muss darüber reden, wie Fehlentwicklungen korrigiert werden können.

Wie denken Sie über den Aspiranten Türkei?

Genauso. Früher hieß es immer, wir brauchen eine Vertiefung und Erweiterung der EU, übrig geblieben ist eine Erweiterung mit Sozialdumping und sonst nichts.

Es gab vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden PDS-Politiker, die sich klar für den Verfassungsvertrag aussprachen. Auf wie viel Gegenwind stoßen Sie derzeit mit Ihren EU-Positionen in der Linkspartei?

Ich glaube, dass die Prinzipien, die Gregor Gysi und ich im EU-Memorandum festgeschrieben haben und die klar auf eine sozialstaatliche Regulierung der Marktwirtschaften zielen, völlig unstrittig sind, sowohl in der Linkspartei als auch in der WASG. Es mag den einen oder anderen geben, der die geringen Fortschritte des vorliegenden Verfassungsvertrages, etwa bei der Charta der Grundrechte, hoch bewertet. Nach meinem Eindruck findet aber in beiden Parteien ein neoliberales Europa keine Zustimmung.

Seinerzeit meinten die Verfassungsbefürworter in der PDS, dass mit der Charta der Grundrechte erstmals in einem EU-Dokument die Unteilbarkeit der sozialen Grundrechte und der bürgerlichen Freiheitsrechte zum Ausdruck kam.

Ja, aber das haben wir nun in vielen Verfassungen, dass dort schöne Worte stehen, die leider nicht mit Leben erfüllt sind. Wenn wir die Praxis der EU nehmen und uns dann die Artikel im vorliegenden EU-Verfassungstext ins Gedächtnis rufen, in denen es heißt, die EU sei eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb – dann sind die edlen Worte im Vorspann der Verfassung ad absurdum geführt. Für die Bürger ist das ohnehin zweitrangig. Sie wollen wissen, ob es mit dem Lohn- und Sozialdumping weitergeht oder nicht.

Das Gespräch führte Lutz Herden.





Francis Wurtz (59) studierte Philologie und arbeitete als Lehrer. Seit 1979 ist er für die FKP Mitglied im Europaparlament und von 1999 an Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Europa hat ein lebenswichtiges Bedürfnis – einen kritischen Geist

Gastkommentar von Francis Wurtz, Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europaparlament

Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) ist kein politisch homogenes Gebilde. Ihre 17 Delegationen aus 13 Ländern sind wie ein Fächer der Sensibilitäten, dessen Bogen sich spannt von der unversöhnlichen Verteidigung der nationalen Souveränität bis zur Leidenschaft für ein föderales Europa. Hinzu kommt, dass es zwischen den Abgeordneten, die sich über die soziale Frage hinaus besonders für Ökologie oder den Feminismus einsetzen und anderen, die eine sehr traditionelle Vorstellung vom Klassenkampf haben, ebenso wie in unseren Heimatländern eine ganze Palette von Auffassungen zu den europäischen Herausforderungen gibt.

Und dennoch haben sich die 41 Mitglieder der Fraktion fast einstimmig für das Nein zum Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrages ausgesprochen. Auch hat keiner meiner Kollegen die Formulierungen kritisiert, mit denen ich in einer Debatte vor wenigen Tagen versucht habe, schematisch die Leitlinien unserer alternativen Vorstellungen zum liberalen Europa zusammenzufassen. Ich habe über fünf Dimensionen gesprochen:

Erstens, eine soziale Dimension: Die Unterwerfung der sozialen Systeme unter die Bedingungen des Wettbewerbs führt zur systematischen Unterminierung der sozialen Errungenschaften von Generationen. Das muss man beenden.

Zweitens, eine ökologische Dimension: Man muss der immer größer werdenden Versuchung widerstehen, unsere Ziele im Namen des ›Wettbewerbs in einer offenen Wirtschaft‹ zurückzuschrauben.

Drittens, eine solidarische Dimension: Man muss jede Art von Ausgrenzung ausmerzen, alle unsere Instrumente gegen die Entwicklungsunterschiede mobilisieren, sich von der ›Festung Europa‹ verabschieden.

Viertens, eine demokratische Dimension: Man muss vor allem den kritischen Geist erwecken, wagen, dem Bürger das Wort zu erteilen, die notwendigen kritischen Debatten akzeptieren.

Fünftens, eine weltweite Dimension: Man muss unser Potential nutzen, um die internationalen Beziehungen zu ändern. Wir müssen uns gegen den Krieg im Irak, für einen gerechten Frieden in Palästina, für eine echte Partnerschaft mit Afrika engagieren. Für die Beziehungen mit den USA muss der Grundsatz gelten: »Bündnispartner – Ja, Gefolgsleute – Nein!«

Das sind einfache und offensichtliche Ideen, die von vielen geteilt werden. Das ist aber gerade das Außergewöhnliche: Jede dieser offensichtlichen Ideen kollidiert mit den heutigen Konzepten für das europäische Aufbauwerk! Die Einzigartigkeit unserer Fraktion im Vergleich zu

allen anderen besteht darin, dass sie sich der Lähmung durch diese unheilvolle Idee widersetzt: »Das liberale Europa – das ist Europa!« Dieses Diktat zu akzeptieren bedeutet, sich zu verbieten, über die tiefen Ursachen der sich verschärfenden Krise des Vertrauens der Bürger in die europäischen Institutionen nachzudenken.

Dieses Fehlen eines kritischen Geistes ist für Europa tödlich. Die Unfähigkeit, sich selbst in Frage zu stellen, hat zum Untergang der Sowjetunion geführt. Die gleichen Ursachen führen zu den gleichen Folgen. Nichts garantiert uns, dass langfristig die Europäische Union nicht den gleichen Gefahren entgegenstürmt, wenn die politisch Verantwortlichen es weiterhin ablehnen, die Widersprüche des heutigen Systems zu erkennen und daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das ist der Grund, warum die Debatten anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge nicht in eine Kette von Beweihräucherungszeremonien münden dürfen, sondern Anlass für eine ehrliche Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bewertungen der gewöhnlichen Erfahrungen und der verschiedenen Zukunftsoptionen sein müssen. Es ist die Verantwortung der Europäischen Linken, die festgetretenen Pfade zu verlassen und dazu beizutragen, dem spannenden europäischen Experiment eine neue Chance zu eröffnen.



Diether Dehm streitet nun als Bundestagsabgeordneter für eine starke, geeinte deutsche Linke. Dabei ist der europapolitische Sprecher der Fraktion kompromisslos, wenn es an die Umsetzung großer Ziele geht. »Europa muss ein Staatenverbund mit sozialer Kompetenz werden. Das Großkapital gehört dabei in die Kontrolle des Staates«, fordert er.

Dem Eigentum verpflichtet!

»Was ist das?«, fragt Diether Dehm, als er in Berlin in das Taxi einsteigt. Auf dem kleinen Monitor in der Armatur des Autos ist der Ausschnitt einer Oper zu sehen und verschwindet, als sich das Fahrzeug in Bewegung setzt. »Das ist ja schön«, meint der Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion. Er zeigt nicht nur Interesse für Kultur, sondern lebt neben seinem Job als Politiker dafür. Mit Musik hat er als Manager viele Jahre sein Geld verdient. »Ein Unternehmer in der Linksfraktion ist sicherlich selten. Ich bin ein Vollblutlinker«, sagt Diether Dehm.

Wieder einmal besucht er die einstige EU-Außengrenze in Frankfurt (Oder). Vom deutschen Oderufer aus blickt der Linke hinüber nach Polen. »Ja, es hat sich in Europa vieles verändert, nicht nur Grenzen«, sagt Diether Dehm.

Der Mann mit dem Künstler-Ego bezeichnet sich »entgegen meinem Image« als konfliktscheuen Freigeist und möchte ständig

Frieden stiften. Deshalb habe er so lange mit prominenten Künstlern und ihren Egos ausgehalten und vermitteln können. Zwischen den Akteuren, zwischen Künstlern und Fernsehanstalten oder Agenturen. »Von bestimmten Verhaltensweisen bin ich zutiefst irritiert. Das betrifft vor allem Intrigen, wie ich sie in der SPD kennen gelernt habe oder im deutschen Vereinswesen.« Dabei gehe es meistens nur darum, dass sich eine Gruppe von mittelmäßig begabten Akteuren gegen vermeintlich Talentiertere, Extravagantere verbündet, um diese zur Strecke zu bringen. Diese Erfahrung habe sein Misstrauen zu jeder Form und Struktur von Vertretern aus Apparaten und Verwaltungen genährt.

Auf der Buchmesse in Frankfurt am Main wird Diether Dehm seinen Roman *Bella ciao* vorstellen. Künstler wie Konstantin Wecker und Peter Sodann hätten sich zur Freude des linken Politikers bereits anerkennend über dessen literarische Arbeit geäußert.

Der Mann liebt die Kontraste und lebt für die Idee der Vergesellschaftung von Konzernen und Großbanken. Diether Dehm bezeichnet sich als Verfassungspatriot und beharrt auf der Anwendung des Artikels 15 im deutschen Grundgesetz. Danach können Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. »Über die Frage des strategischen Eigentums entscheidet sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa unsere Zukunft, die des Weltklimas, des Friedens und der Vollbeschäftigung. Was das Grundgesetz der Bundesrepublik zulässt, müssen wir auch einfordern.« Der in Frankfurt am Main geborene Linke meint damit auch die klare Konsequenz: Verstaatlichung von Deutscher Bank, Telekom oder E.on. Derartiges habe bereits 1978 François Mitterrand in Frankreich angestrebt und sei nur knapp gescheitert.

Auch die Japaner hätten mit der Verstaatlichung von Großbetrieben ihre Finanzkrise in den 90er Jahren überstanden. »Die Ablehnung des vorliegenden Entwurfs der EU-Verfassung mit der Zementierung neoliberaler Werte ist nur folgerichtig. Wir brauchen in Europa eine Alternative.« Dazu habe bereits eine breite Diskussion unter Intellektuellen, Gewerkschaftern, vielen Sozialdemokraten und den Linken eingesetzt.

Von Brüssel und Straßburg aus werden inzwischen eine Reihe wichtiger Gesetze in Kraft gesetzt, weil verschiedene Regierungen das nicht machen wollen. »Die deutsche Regierung verschrankt sich hinter der Macht Brüssels, weil sie selbst zu feige ist, bestimmte Gesetze durchzusetzen. So kann die Plünderung der Portemonnaies der kleinen und mittleren Verdiener auf die EU geschoben werden. Die neoliberalen Tricks müssen wir aufdecken und den Leuten erklären«, sagt Diether Dehm.

Europa steht eine wichtige, große Zeit bevor, ist sich der in Hessen ansässige Unternehmer sicher. Allerdings müsse gerade DIE LINKE. dabei immer wieder deutlich machen, dass die Interessen der kleinen Leute gewahrt bleiben. Mit der Gründung des neuen Europa nach der Katastrophe 1945 gab es zwei entscheidende Punkte, die bei der Entwicklung der EU eine maßgebliche Rolle spielten. »Zum einen gab es den Wunsch nach dauerhaftem Frieden. Zum anderen ging es um die Regulierung des Privateigentums aus der Erfahrung zwischen 1933 und 1945. Das Großkapital hat Hitler und Auschwitz vorfinanziert und von den Verbrechen profitiert.« Deshalb sei gemäß Artikel 14 des Grundgesetzes die Sozialbindung des Eigentums zum Wohl der Allgemeinheit wichtiges Ziel auch für die deutschen Linken. Was viele nicht mehr

wissen oder wissen wollen, ist die Tatsache, dass die CDU in ihrem Ahlener Programm von 1947 und auch 1959 die SPD im Programm von Bad Godesberg sich zu diesen Zielen bekannten. »Nach dem Sieg über den realen Sozialismus ist bei den großen Parteien keine Rede mehr davon. Sie haben sich von der Sozialstaatlichkeit als einem zentralen Punkt des Grundgesetzes verabschiedet. Wir sind unter anderem auch deshalb als Fraktion angetreten, um dieses Thema in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu bringen.«

Mit dem Beitritt einstiger »Ostblockländer« in die EU verschwand keinesfalls der Gedanke Dehms, das Eigentum als zentrales Thema für die nächsten Jahre anzugehen. »Ich kenne Konvertiten mit dem klassischen Satz: Ich habe 40 Jahre in der poststalinistischen Diktatur öffentliches Eigentum erlebt und will es nicht wieder erleben. Dazu fällt mir nur ein: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche.«

Es gehe in den nächsten Monaten und Jahren deshalb für die Linken um die konkrete Beantwortung der Frage, wie ein neues Europa genau aussehen soll. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen müsse gewahrt bleiben, ohne die sozialen Rechte in Frage zu stellen. »Wenn wir der EU immer größere Kompetenzen einräumen, dann nur unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, der kleinen und mittleren Unternehmen.«

Bestimmte nationale Traditionen in Kultur und Literatur dürften dabei in keinem Mitgliedsland untergepflügt werden. »So imprägnieren wir die Traditionen gegen konservative Nationalisten und rechte Rattenfänger.« Frank Schwarz

Diether Dehm im Bundestags-Wahlkampf 2002.



Informationsangebot der Linksfraktion

Newsletter der Fraktion

Für Interessierte und Sympathisanten bietet die Fraktion diverse Newsletter an. »Die Doppelspitze« und unsere thematischen Newsletter zur Sozialpolitik, zu Finanzen und Steuern, zu Familie, Jugend und Senioren oder zur Europäischen Union erhalten Sie monatlich bzw. einmal im Quartal bequem per E-Mail. Neugierig? Dann abonnieren Sie noch heute unter www.linksfraktion.de/newsletter.php



DVD zur Meet the Revolution-Tour

DVD, 53 Minuten, Meet the Revolution – Mercedes Condori Quispe (Bolivien) und Freiman Paez Garcia (Venezuela) berichteten

von ihren politischen

Kämpfen und Erfolgen, diskutierten mit Zuschauern und Abgeordneten. Eine spannende und unterhaltsame Dokumentation, die Parallelen und Unterschiede zwischen der Situation in Südamerika und Deutschland aufzeigt, Denkanstöße bietet und zum Handeln einlädt.



Ob Ausverkauf von Telekom und Post, Rente ab 67 oder Demontage des Gesundheitssystems – Klar konfrontiert die SPD mit ihren gebrochenen Wahlversprechen und präsentiert Alternativen für mehr soziale Gerechtigkeit. Populär und informativ wie immer. Die nächste **Klar** erscheint am 12. März 2007.



Mir ist da jemand begegnet: kleine, großartige Powerfrau

Wie eine Revolutionärin aus Bolivien Jan Korte beeindruckte



Die Stimme der kleinen Frau am Mikrofon wird lauter, die Sprechgeschwindigkeit nimmt zu. Aus der zurückhaltenden, schüchternen Miene ist ein fester, klarer Blick geworden. »Wenn ihr hier in Freiburg die Wohnungen der Stadt behalten wollt, dann müsst ihr aufstehen und dafür kämpfen. Geschenkt wird niemandem etwas. Venceremos!«, ruft Mercedes Quispe dem Publikum im Jazzkeller Freiburgs zu und erntet stürmischen Applaus. Die 43-Jährige aus Alta Una, der ärmsten Stadt in Lateinamerika, gehört zu den Frontfrauen in ihrer Heimatstadt. Obwohl die Köchin nicht viel

verdient, hat sie ihren Mann nach vielen Machoeinlagen aus dem Haus geworfen und lebt mit ihrer elf Jahre alten Tochter allein. Mercedes hat Demonstrationen organisiert und vor allem als Vizepräsidentin viele Frauen der Nachbarschaftshilfe mobilisiert. »Was wir in Bolivien und Venezuela geschafft haben, das könnt ihr hier in Deutschland auch schaffen. Aber ihr müsst kämpfen«, fügt die 1,55 m kleine Powerfrau aus Lateinamerika hinzu.

Der Bundestagsabgeordnete Jan Korte klatscht auf dem Podium als einer der Gesprächsteilnehmer der Veranstaltung »Meet the Revolution« drei Plätze neben Mercedes begeistert mit und nickt mit dem Kopf. Eigentlich gehört er als junger Linker zu den Stürmern und Drängern in der Linksfraktion des Bundestages. Hier trifft der Mann aus Hannover auf eine Frau, die seine Erwartungen an Engagement und Enthusiasmus bei den Gästen aus Lateinamerika bei weitem übertrifft. Nicht, dass Jan Korte nicht auch seine Zuhörer begeistern und mit kämpferischen Statements fesseln könnte, aber bei Mercedes schwingt mit den Worten das Gefühl aus

tiefem Herzen spürbarer mit. »Da können wir echt noch etwas lernen. Die Frau ist Klasse. Wenn man ein Beispiel für Leute sucht, die ihre Ziele selbstbewusst und





Spaziergang in Kreuzberg: Dolmetscherin Lucia Schnell zeigt Mercedes Quispe und Freyman Garcia den Stadtteil der deutschen Hauptstadt.

glaubwürdig vertreten können, dann muss man nur Mercedes zuhören und -sehen«, sagt Jan Korte.

Der 30-Jährige wird von vielen älteren Abgeordneten im Deutschen Bundestag als intellektueller Unruheherd der Politgeneration von Morgen eingeschätzt. »Ich möchte nicht ruhig sein, sondern Themen und Probleme immer wieder so ansprechen, dass sie jedermann versteht und meine Position dazu nachvollziehen kann«, sagt Jan Korte. Dabei gebe es sehr oft das Problem der Trägheit. Bei Politikern und Gästen vieler Veranstaltungen gleichermaßen. Viel werde geredet, oft an Empfindungen und Bedürfnissen der Menschen vorbei. Manchmal provokant, dennoch immer mit Stil und ungeduldig ist er. Für deutsche Verhältnisse dynamisch und drängend. Mit der Powerfrau aus Bolivien trifft Jan Korte nun auf ein Beispiel dafür, wie eine Steigerung von Engagement, Kompromisslosigkeit und Motivation für das Erreichen ferner Ziele aussieht.

Umso mehr hält die Begeisterung bei Jan Korte von einer Veranstaltung der Linkenfraktion in Freiburg im zurückliegenden November an, in der es an Emotionen und Begeisterung gar nicht genug geben konnte. Während der Tour »Meet the Revolution« erzählten Mercedes Quispe aus Bolivien und Freyman Garcia aus Venezuela von den Ereignissen in Lateinamerika und ihren Erlebnissen dabei. »Mercedes war Klasse. Dabei fand ich nicht nur sehr beeindruckend, was sie sagte, sondern wie sie es sagte. Enthusiasmus und Gefühl schwangen in einer Weise mit, wie wir es in

bei der Diskussion um den Sozialismus und soziale Gerechtigkeit auf der Welt. »Die SPD verabschiedet sich gerade vom Begriff soziale Gerechtigkeit und will nur noch die soziale Demokratie. Die Dynamik der Ereignisse und die Entwicklung in Venezuela, Bolivien und teilweise in Mexiko zeigen, was passiert, wenn soziale Gerechtigkeit die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr erreicht. Umso mehr werden wir Linken in Deutschland für die soziale Gerechtigkeit streiten«, sagt Jan Korte.

Zehn Tage nach der Veranstaltung »Meet the Revolution« in Freiburg sprachen noch viele Besucher von der kleinen, großartigen Powerfrau aus Bolivien. Als ob die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Freiburg den Aufruf von Mercedes Quispe gehört hätten, stimmten sie gegen die Privatisierung der kommunalen Wohnungen in ihrer Stadt. »Das muss ich unbedingt Mercedes erzählen«, lacht Jan Korte. *Frank Schwarz*

Pfarrer Christian Führer begrüßt in der Leipziger Nikolaikirche die Gäste aus Lateinamerika.



EU-Verfassungsklage vor dem Kadi

Gauweiler vs. Merkel

Menschen, die sich abnorm verhalten, schaffen es fast immer ins Fernsehen. Wer die 800 Seiten EU-Verfassung gelesen hat, gilt zwar auch als schriller Sonderling, aber nicht zwingend als medientauglich. 800 Seiten! Und jede einzelne zäher als Texte von Otto Gotsche, dessen stets verfügbare Bücher in DDR-Bibliotheken nicht nach Stück, sondern Metern gezählt wurden. Da muss man schon sehr speziell veranlagt sein. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages verhielten sich normal. Bevor sie am 12. Mai 2005 ihr Votum zur EU-Verfassung abgaben, konnte von Gerhardt, Pieper, Runde über Pflüger, Thierse und Clement bis Ströbele und vielen, vielen anderen nicht ein einziger konkrete Reporterfragen zu Inhalten des Gesetzes beantworten. Nichtwissen ist Macht. Folgerichtig stimmten 569 Volksvertreter dafür. So weit also ein ganz normaler Vorgang.

Ungewöhnlich war jedoch, dass schon zwei Wochen zuvor ein Parlamentarier dagegen geklagt hatte, im Bundestag überhaupt über die europäische Verfassung abstimmen zu lassen. Peter Gauweiler, Sonderbevollmächtigter der CSU im »Arbeitskreis zur Förderung von Blasmusik

und Großwildjagd«, hatte vor dem Bundesverfassungsgericht geltend gemacht, das Zustimmungsgesetz sei »verfassungs- und staatswidrig«. Damit mag der »schwarze Peter«, wie er sich sittenwidrig – Eigner dieses Titels ist der Jenaer Fußballer Peter Ducke – nennen lässt, durchaus Recht haben. Weiß ja so gut wie keiner, was drinsteht. Die wenigen Eingeweihten bestätigen jedoch die grundlegenden Handicaps des Gesetzes: Neoliberalismus und Militarisierung nehmen zu, ganz im Gegensatz zu Demokratie und Bürgerbeteiligung. Ob genau diese Mängel Gauweiler, Euro-Gegner (»Esperanto-Geld«) und D-Mark-Fan (warb als Bundestagskandidat für deren Wiedereinführung), zu seiner Klage bewogen hatten, ist unerheblich. Wichtig ist das Ergebnis: Das Bundesverfassungsgericht erklärte Gauweilers Klage zwar für »unzulässig«, weil es nicht über etwas richte, was noch gar nicht existiere. Aber Gauweiler könnte ja erneut klagen, wenn das Gesetz erst mal vorhanden, also ratifiziert sei. Das wiederum ist vorerst nicht in Sicht. Denn Bundespräsident Köhler, dessen Schreibblockade damals begann, sah sich nicht imstande, das Dokument zu signieren. Das könnte er erst dann, wenn das Karlsruher Gericht »in der Hauptsache«, also über das Gesetz selbst, entschieden habe. Damit aber wollen sich die Verfassungsrichter Zeit lassen, weil sie einen »möglicherweise veränderten« Vertrag erwarten und den auch erst für 2009.

Genau hier kommt Kanzlerin Merkel ins Spiel. Und in Bedrängnis. Seit Januar hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Merkel wollte auf eine schnelle Fortführung des europäischen Verfassungsprozesses drängen. Da macht es sich nicht sonderlich gut, wenn das Unterfangen schon im eigenen Land gescheitert ist. Wie sie ihre Heim schwäche überwinden kann, ist unklar. Auf ein Referendum, wie es auch Gauweiler befürwortet – eine mittlerweile rein hypothetische Möglichkeit –, setzt sie mit Sicherheit nicht. Natürlich müsste sie nicht befürchten, dass der Bürger sich plötzlich umfassend kundig macht und in Kenntnis der Tatsachen entscheidet. Dafür sind sich Wähler und Abgeordnete dann doch zu ähnlich, obwohl es unter den Wählern mehr Ausnahmen gäbe. Es könnte aber durchaus sein, dass die Deutschen versuchten, den renitenten Franzosen und Holländern nachzueifern, und mit »Nein« stimmten. Dann stünde Merkel genau vor den Fragen, die sich ihr jetzt ohnehin stellen: Wie weiter? Noch mal ganz von vorn anfangen? Womöglich diesmal sogar mit mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung? Und das alles wegen Gauweiler. Vielleicht könnte die Kanzlerin, deren verbale Vehemenz die ganze Palette von farblos bis blass abdeckt, diesmal beim tief religiösen evangelischen Christen Gauweiler eine Anleihe machen. Der hatte jüngst als Anwalt vor Gericht zu einem Prozessbeteiligten gesagt: »Du Saubazi! Ich hau dir eine rein!« **Georg Behrend**

Foto: dpa



Foto: dpa

Petra Pau, Vizepräsidentin und Fraktionsvize sowie Wolfgang Neskovic, rechtspolitischer Sprecher und Obmann im BND-Untersuchungsausschuss über Täuschung, Verhinderung und Verschleppung der Bundesregierung

Doppelmoral endlich aufdecken

In den Medien ist zumeist vom ›BND-Ausschuss‹ die Rede. Aber das trifft es nicht. Es geht prinzipiell und konkret um die Fragen, ob deutsche Dienste oder Behörden im so genannten Antiterrorkampf Bürger- und Menschenrechte suspendiert haben und wer dafür verantwortlich ist.

Von den USA weiß man es. Sie kidnappen in aller Welt Menschen, die ihnen verdächtig scheinen. Sie verschleppen sie in Lager, wo sie rechtlos interniert werden. Guantanamo ist dafür Synonym, aber mitnichten das einzige Folterlager. Lange Zeit sah es so aus, als hätte die Bundesrepublik Deutschland damit ebenso wenig zu tun, wie mit dem militärischen Feldzug der USA im Irak. Inzwischen wissen wir es leider besser.

Viele CIA-Flüge, mit denen entführte Europäer nach Nirgendwo verbracht wurden, führten über Stuttgart. Dort agieren auch ein US-Einsatz-Kommando und mit ihm zwei Verbindungsoffiziere der Bundeswehr.

Im Afghanistanischen Kandahar unterhalten die USA ein ähnliches Lager wie in Guantanamo. Es war die erste Station des Bremer Murat Kurnaz, nachdem er von Pakistansischen Kopfgeldjägern an US-Truppen verkauft wurde. Derweil wurde bekannt: Dieses Folter-Lager wurde auch von deutschen KSK-Soldaten bewacht.

El Masri ist ein weiterer Betroffener aus Deutschland. Auch er wurde entführt und

misshandelt und später mit dem Verweis ausgesetzt, es habe sich um einen bedauerlichen Irrtum gehandelt.

Das und viel mehr führt zu den bohrenden Fragen: Was wusste die rot-grüne Bundesregierung davon? Denn um deren Zeit geht es. Und was wurde unter Leitung des damaligen Kanzleramts-Chefs, Frank-Walter Steinmeier, alles unternommen oder unterlassen?

Natürlich hatte bei alledem auch der Bundesnachrichtendienst (BND) seine Finger im Spiel. Trotzdem: ›Bürger- und Menschenrechtsausschuss‹, dieser Name trifft besser, was wir untersuchen und was mich bewegt.

Petra Pau

Das schlechte Gewissen der Regierung zeigt sich im Umgang mit dem Ausschuss. Um ihre noch in Amt und Würden stehende Minister zu schützen und die Doppelmoral von rot-grün in der Menschenrechtspolitik zu verbergen, treibt die jetzige Regierung ein falsches Spiel. Öffentlich gelobt sie Aufklärung, tatsächlich führt sie den Ausschuss und damit die Bürger an der Nase herum, indem sie uns die wichtigsten Informationen vorenthält. Bis heute wissen wir nicht, was im Bundeskanzleramt besprochen und veranlasst worden ist. Genau dort sind aber alle Informationen zusammen gelaufen. Chef des Bundeskanzleramtes war Frank Steinmeier, der

heutige Außenminister. Er leitete die zuständigen Sicherheitsgremien. Was wusste er von der Entführung El Masris, was hat er unterlassen, um die Leidenszeit des jungen Murat Kurnaz um Jahre zu verlängern? Haben deutsche Agenten beigetragen zum Irakkrieg?

All das lässt sich nur klären, wenn die Regierung endlich die dafür nötigen Unterlagen herausgibt. Auch Zeugen aus dem Apparat können wir nur sinnvoll vernehmen, wenn wir diese Unterlagen haben. Wer räumt schon ohne Not ein, an schweren Menschenrechtsverletzungen mitgewirkt zu haben? Wer gesteht ein, dass sich die Bundesrepublik an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligt hat, solange er selbst darüber bestimmen kann, wer gegebenenfalls davon erfährt?

Wir sind der Ansicht, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Wenn die Regierung nicht helfen will, die schweren Vorwürfe aufzuklären, dann müssen wir sie dazu zwingen. Deshalb werden wir das Bundesverfassungsgericht anrufen. Es soll klären, ob die Regierung weiterhin selbst darüber entscheiden kann, ob sie sich belasten möchte. Rechtsverstöße dürfen in einem demokratischen Rechtsstaat niemals geheim gehalten werden. Dies muss die Lehre sein, die das Bundesverfassungsgericht der Regierung erteilen sollte.

Wolfgang Neskovic



Die Erfahrungen Skandinaviens bestätigen die grundlegenden politischen Positionen der Fraktion DIE LINKE. In ihrer Analyse beweist Dr. Cornelia Heintze, dass ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat nicht nur mit einer globalisierten Wirtschaft vereinbar ist, sondern geradezu Erfolgsvoraussetzung.

Skandinavischer Wohlfahrtsstaat

Zwei Basislektionen gegen falsche Vereinnahmung

Die skandinavischen Länder sind erfolgreich. Von A wie Armutsvorbeugung über G wie Gesundheit bis zu W wie Wirtschaftswachstum, kein Bereich, wo wir skandinavische Länder nicht unter den Besten finden. Das hat sich herumgesprochen. Getreu dem Spruch »Links blinken und rechts abbiegen« wird nun der Blinker Richtung Skandinavien gestellt.

Auch bei deutschen Ökonomen. Befragt, welches Land für Deutschland Vorbild sein könnte, entschied sich bei einer Ökonomen-Umfrage vom Frühjahr 2006¹ die Mehrheit der 551 befragten Ökonomen

für ein skandinavisches Land und nur gut 5 Prozent für die USA. Naiv, wer Einsicht vermutet. Beispiel: Obwohl Gewerkschaften in allen skandinavischen Ländern viel mehr Einfluss haben als in Deutschland – der Organisationsgrad liegt 3 bis 4fach so hoch – wird weiter die alte Leier von der Gewerkschaftsmacht, die es einzuschränken gilt, vorgetragen. Auch die deutsche Politik ist von skandinavischen Konzepten weit entfernt. Übernommen werden Überschriften und aus dem Kontext gerissene Einzelbausteine. Das fing bei den Hartz-Reformen an. Angeblich ist die »Reform« von der skandinavischen Erfolgsgeschichte

des »Fördern und Forderns« inspiriert. In der deutschen Praxis angekommen ist nur das »Fordern«. In Dänemark als vermeintlichem Vorbild sichert die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Finanzpolitik, dass es genügend Vollzeitarbeitsplätze gibt. Aktive Arbeitsmarktpolitik baut darauf auf, nicht umgekehrt. Im Mittelpunkt des Förderns steht eine umfangreiche, auf Persönlichkeitsentwicklung gerichtete Beratung bei guter finanzieller Absicherung. Das Fordern folgt zeitversetzt. Theoretisch reicht es bis zum Arbeitszwang, was aber in der Praxis ohne Relevanz ist. Es gibt kaum einen Arbeitslosen, der die rechtliche Möglichkeit,

Arbeitslosengeld für 4 Jahre zu beziehen, ausschöpft resp. ausschöpfen muss. Am ehesten kann beim Elterngeld, das zum 1. Januar 2007 eingeführt wird, ein gewisses Lernen von skandinavischen Erfahrungen konzediert werden. Aber auch hier: Das Gegenstück fehlt. Von Dänemark bis Norwegen besteht ein Rechtsanspruch auf öffentliche Betreuung ab Geburt oder ab dem 1. Lebensjahr. Für Eltern schafft dies Planungssicherheit. Endet der auf Mama- und Papamoneate verteilte Elternurlaub, ist für eine qualitativ gute Ganztagsbetreuung des Nachwuchses gesorgt. Dass diese Sicherheit die Entscheidung für Kinder erleichtert, zeigen die vergleichsweise hohen skandinavischen Geburtenzahlen. Dagegen Deutschland: Ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagskrippenplatz nach dem Ende des Elternurlaubs ist nicht in Sicht. Von Qualitätsstandards wie in Skandinavien ganz zu schweigen. Derzeit besuchen bundesweit nur 10 Prozent der Kleinkinder eine Krippe, verglichen mit 60 Prozent in Dänemark. Ein politischer Wille, quantitativ und qualitativ schnell nachzuziehen, existiert nicht. Stattdessen übt sich die Politik darin, das Pferd von hinten aufzuzäumen.

Siehe die Debatte um Beitragsfreiheit für den Kindergartenbesuch, zumindest das letzte Kindergartenjahr. Wer vom skandinavischen Modell wirklich lernen will, kommt um zwei Basislektionen nicht herum. Die erste Lektion betrifft die Ziele und Prinzipien, auf denen der dortige Wohlfahrtsstaat gründet. Die zweite Lektion betrifft das an strategischen Zielen orientierte Ineinandergreifen von Politiken und die dabei präferierten Instrumente.

Präventiv, individuell, universell

Der deutsche Sozialstaat basiert auf der traditionellen Familie mit männlichem Haushaltvorstand (Haupternährer). Er gewährt Rechte weder universell noch individuell, sondern immer mit Blick auf den Status des Haushaltvorstands. Dieses Grundprinzip prägt das Steuerrecht (Ehegatten-Splitting oder zukünftig Familien-Splitting), das Unterhaltsrecht (wechselseitige Unterhaltsansprüche erwachsener Familienmitglieder), die Sozialversicherungen (kostenlose Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehefrauen in der GKV) bis

hin zur Gewährung von Leistungen je nach Einkommen/Vermögen der Eltern oder erwachsenen Kinder.

Alle skandinavischen Länder basieren umgekehrt auf einer Individualisierung von Rechten, aber auch Pflichten. So gibt es kein Ehegattensplitting und keine Unterhaltsansprüche erwachsener Familienmitglieder untereinander. Auch antiquierte Verkomplizierungen des Steuerrechts durch 5 verschiedene Steuerklassen je nach Familienstand wie in Deutschland existieren nicht. Rechte gelten ab Geburt. Kinder haben ein Recht auf Erziehung und Bildung, auf das kostenlose Mittagessen in der Schule, auf Studiengeld unabhängig vom Einkommen der Eltern (Schweden: rd. 750 Euro mtl.), auf zwei Jahre beratende Begleitung bei Jugendarbeitslosigkeit (Dänemark), auf Familienfürsorge, wenn sie Eltern werden usw. Rechte und Pflichten folgen dem Lebenslauf von Individuen. Für den Familienstatus und den individuellen Lebensentwurf interessiert sich der Staat wenig. Sein übergreifendes Ziel ist es, mit Blick auf Vollbeschäftigung die Potentiale der gesamten Bevölkerung breit zur Entwicklung zu bringen, indem Menschen mit

Geringe Armut und geringe Arbeitslosigkeit bei hoher Beschäftigung und stabilen Staatsfinanzen

| Beschäftigungs-Rang (18 OECD-Länder, 5 Indikatoren) | Armutsraten bei Kindern 2001 (UNICEF 2005) | Arbeits-losenquote 1993 | Arbeits-losenquote 1999-2003 (D) | Arbeits-losenquote 2005* | Langzeit-arbeits-losigkeit 2003/02 | Beschäfti-tungsquote Ält. AN 2003/2001 | Frauen-beschäfti-tungsquote 2003 | Staats-schulden-quote 1995* | Staats-schulden-quote 2005* |
|---|---|----------------------------|--|-----------------------------|---------------------------------------|--|-------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| 1 Norwegen | 3,4 | 6,6 | 3,7 | 4,6 | 0,2 | 67,4 | 73,8 | 34,8 | |
| 2 Niederlande | 9,8 | 6,2 | 3,0 | 4,7 | 1,0 | 44,8 | 65,8 | 74,0 | 52,9 |
| 3 Schweden | 4,2 | 9,1 | 5,6 | 6,4 | 1,0 | 68,6 | 71,5 | 73,0 | 50,3 |
| 4 Irland | 15,6 | 15,6 | 4,5 | 4,3 | 1,5 | 49,0 | 55,8 | 81,0 | 27,6 |
| 5 Dänemark | 2,4 | 9,6 | 4,8 | 4,8 | 1,1 | 60,2 | 71,4 | 72,5 | 35,8 |
| 6 Großbritannien | 15,4 | 10,0 | 5,3 | 4,7 | 1,1 | 55,5 | 65,3 | 51,0 | 42,8 |
| 7 USA | 21,9 | 6,9 | 4,9 | 5,1 | 0,5 | 58,4 | 67,1 | 74,8 | 65,0 |
| 8 Portugal | 15,6 | 5,6 | 4,8 | 7,6 | 2,2 | 51,1 | 60,6 | 61,0 | 63,9 |
| 10 Finnland | 2,8 | 16,4 | 9,4 | 8,4 | 2,3 | 49,6 | 65,7 | 56,5 | 41,1 |
| 12 Frankreich | 7,5 | 11,3 | 9,3 | 9,7 | 3,5 | 36,8 | 57,2 | 55,1 | 66,8 |
| 15 Deutschland | 10,2 | 7,7 | 8,5 | 9,5 | 4,6 | 39,5 | 59,0 | 55,5 | 67,7 |

Quellen: OECD (Main Economic Indicators), Oktober 2006; Eurostat; UNICEF; eigene Berechnungen; vgl. Heintze 2005, www.dr-heintze-beratung.de

»Ich habe vor acht Jahren eine integrative Schule im schwedischen Malmö besucht. Da saß schon damals der Sozialarbeiter in der Schule und eine Krankenschwester, die Reihenuntersuchungen durchführte. Wenn sie feststellte, dass ein Kind von seinen Eltern vernachlässigt wurde, ist sie mit ihm zu dem Sozialarbeiter gegangen, der einen direkten Draht zum Jugendamt hatte.... Wir in Berlin müssen... manchmal Tage warten, bis wir beim Amt jemanden überhaupt erreichen, weil die Mitarbeiter dort häufig völlig überlastet sind und die Mittel gekürzt werden.«

(Helmut Hochschild, Interims-Schulleiter der Berliner Rütli-Schule im SPIEGEL-Interview, Ausgabe Nr. 49 v. 4.12.2006, S. 54ff.; hier: S. 56)

unterschiedlichem familiären Hintergrund institutionell gesichert gleiche Chancen erhalten. Staat und BürgerInnen sind Partner, wobei das schichtenübergreifend gemeinsame Spielen und Lernen in Krippe, Kindergarten und Hort helfen soll, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft auch zukünftig zu gewährleisten. Dies im Rahmen eines Geschlechterregimes, das die ökonomische Selbstständigkeit von Frauen unabhängig von Familie gewährleistet. Zwar, die angestrebte Geschlechterbalance ist noch lange nicht erreicht. Trotzdem: Beim »Global Gender Gap Index« belegen die skandinavischen Länder unter 58 Ländern die ersten fünf Plätze (World Economic Forum 2005: S. 8f.)

Konträr dazu der deutsche Sozialstaat: Ihm

Wie das Bundesarbeitsministerium von Schweden lernt.

»Als Repräsentant des skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodells wurde Schweden... berücksichtigt. Dieses Land steht sowohl mit der Arbeitslosen- als auch der Beschäftigungsquote von gering Qualifizierten im internationalen Vergleich bestens da. Das skandinavische Modell wird aber nicht weiter untersucht, weil hier der Fokus auf Anreizsysteme für den Niedriglohnbereich gerichtet wird und die skandinavischen Länder... keine entsprechenden Politiken verfolgen« BMAS-Studie zu den internationalen Erfahrungen mit Arbeitsanreizen im Niedriglohnbereich (Düll, Herbert, in: Bundesarbeitsblatt 4/2006: 4ff.)

geht es nicht um »Wohlfahrt für alle«, sondern um »Sozialschutz für sozial Schwache« in einer noch stark ständisch (vgl. das Bildungssystem) geprägten Gesellschaft. Dies nach dem Prinzip der Subsidiarität. »Familie kommt vor Staat«, »Privat kommt vor Staat« lauten die ordnungspolitischen Formeln, die sich bis ins Gemeindewirtschaftsrecht erstrecken. Gedacht wird weder partnerschaftlich noch präventiv, sondern kompensatorisch und nachsorgend. Die jüngste Debatte um den Aufbau eines Frühwarnsystems (incl. verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen) zum Schutz von Kindern vor Misshandlung und Verwahrlosung folgt diesen Denkprinzipien. In Dänemark kam die Familienhebamme des Jugendamtes auch zum Nachwuchs des Thronfolgerpaars. Staatliche Fürsorge zu akzeptieren, fällt da leicht. Schließlich, es fühlt sich niemand als unfähig oder sozial schwach stigmatisiert, wenn eine breite Mehrheit in das Familienfürsorgesystem eingebunden ist.

Meine These²: der deutsche Sozialstaat droht ohne einen grundlegenden Para-

digmenwechsel schleichend gerade vor seinem Hauptziel, Sozialschutz für sozial Schwache zu gewähren, zu kapitulieren. Dann folgt »blame the victim«. Im Konzept vom »aktivierendem Staat« ist dies bereits angelegt.

Öffentliche Dienste und Transfers greifen ineinander: Der Leistungsstaat lebt

Im Staatshandeln der skandinavischen Länder spielen Steuersubventionen eine viel geringere Rolle als in Deutschland. Der Instrumentenmix entspricht dem, was der deutsche Finanzwissenschaftler A. Wagner im Blick hatte, als er (1911) einen Wohlfahrtsstaat skizzierte, bei dem indirekte Transferleistungen und die direkte Bereitstellung von Staatseinrichtungen zur unmittelbaren Nutzung durch die Bevölkerung gleichberechtigt nebeneinander stehen. Der Staat nach dieser Konzeption ist nicht





nur für die Gestaltung von Rahmenbedingungen zuständig; seine Interventionen sind auch nicht auf die Instrumente Recht und Geld beschränkt, sondern er ist bei öffentlichen Gütern (Erziehung, Bildung, Gesundheit...) selbst Produzent.

Staat als wirtschaftlicher Akteur und Arbeitgeber – dies kommt im Denken der deutschen Politik kaum mehr vor. Unter neoliberaler Ägide machte ein Staatskonzept Karriere, bei dem der Staat nicht selbst leistet, sondern nur noch gewährleistet und für die Rahmensetzung zuständig ist. Im europäischen Vergleich mutet dies befreidlich an, gibt es doch selbst in Großbritannien einen größeren Staatssektor. Im skandinavischen Durchschnitt ist aktuell (2005) ein knappes Drittel der Arbeitnehmer im Staatssektor beschäftigt (Deutschland 2005: 11,9 Prozent). Da die Beschäftigungsquoten aber deutlich höher sind als in Deutschland, wird die Kluft erst dann richtig sichtbar, wenn man sogenannte Dichteziffern betrachtet. Nach meinen Berechnungen kamen in Dänemark 2005 auf 1000 Einwohner 172 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor gegenüber nur 56 Arbeitsplätzen in Deutschland. Mit den neu erlichen Überlegungen für einen öffentlich geförderten zweiten und dritten Arbeitsmarkt oder eine Tätigkeitsgesellschaft, wo ordentliche Bezahlung durch Anerkennung plus Aufwandsentschädigung ersetzt wird, hat das wenig zu tun. Auch nicht mit klassisch-bürokratischer Tätigkeit. Der skandinavische Staatssektor ist effizient. Er bietet reguläre, überwiegend hochprofessionelle Beschäftigung; die Teilquote beträgt in

Dänemark nur 10,5 Prozent (Deutschland 29,5 Prozent). Die im Kastenzitat erwähnte Krankenschwester verfügt wie die meisten Gesundheits-, Kranken- und AltenpflegerInnen vermutlich über eine akademische Ausbildung. Nicht Flexicurity ist das skandinavische Betriebsgeheimnis. Ein wesentlicher Erklärungsschlüssel für die weltweit höchsten Beschäftigungsquoten mit gegenwärtig in Dänemark, Norwegen und Island annähernder Vollbeschäftigung liegt in der Überführung von traditionell in Familien unentgeltlich erbrachten Leistungen in das Erwerbssystems. Von wegen nur nützlich, aber nicht bezahlbar. Viele staatliche Leistungen schaffen erst die Basis für innovative Wirtschaftsprozesse. So bei der finnischen Musikbranche, die in den letzten Jahren um ein Drittel wuchs. Dies gründet nicht auf einer überragenden Musiktradition. Deutschland besitzt eine solche, pflegt sie aus Kurzsichtigkeit aber kaum. Den Grund für Finlands Musikboom von Pop bis Oper ordnet Paulina Akokas, leitende Managerin des Musikverbandes MUSEK, im Aufbau einer flächendeckenden Musikerziehung. Zur Vermarktung öffentlicher Güter und der auch in Deutschland betriebenen Neo-Feudalisierung durch die Umverteilung von unten nach oben in der Hoffnung, gut gestellte Haushalte würden dann vermehrt niedrig entlohnte Arbeitsplätze für Dienstboten aller Art schaffen, bietet Skandinavien die Alternative. Ein Generalschlüssel zum Verständnis des skandinavischen Modells wird damit allerdings noch nicht geliefert. Weitere Säulen kommen hinzu. Die Stichworte lauten: solidarische Lohnpolitik, gute soziale Ab-

sicherung mit anderer Finanzierung als in Deutschland (teils steuerfinanziert, teils finanziert über Einwohnerversicherungen), integrativ-ganzheitliche Politikgestaltung. Zur solidarischen Lohnpolitik: Gemeint ist damit nicht nur klassisch, dass der Verteilungsspielraum (Produktivität plus Inflation) ausgeschöpft wird; eingeschlossen ist das Bestreben, die Spanne zwischen niedrigsten und höchsten Gehältern nicht zu groß werden zu lassen. Und wie funktioniert integrativ-ganzheitliche Politikgestaltung? Zum Beispiel dadurch, dass die kommunalen finnischen Gesundheitszentren nicht nur sowohl ambulante wie leichtere stationäre Leistungen erbringen, sondern allerhand Beratungsleistungen bieten, Labore unterhalten, Familienfürsorge betreiben. Nicht, dass dergleichen in Deutschland nicht möglich wäre, aber die Beispiele sind rar. Statt integrativer Leistungen dominiert Spartendenken: hier ambulant, dort stationär, hier Jugendamt, dort Gesundheitsamt. Ursache sind zersplitterte Strukturen, die je ihrer Eigenlogik folgen.

Wir müssen uns an die Globalisierung anpassen, wird in Deutschland gedacht. Dagegen: Mit seinen universellen, nicht statusgebundenen Leistungen trotz der skandinavische Wohlfahrtsstaat der Globalisierung recht erfolgreich. Wesentlich dafür ist das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit in die effektive, effiziente und bürgerfreundliche Leistungserstellung in Schlüsselbereichen wie Erziehung, Bildung, Gesundheit. Für die Bereitschaft, die hohe Staatsquote durch sehr hohe Steuern und Abgaben solide zu finanzieren, liefert dies das Fundament.

¹ FTD zusammen mit dem Verein für Sozialpolitik (vgl. Beiträge von Thomas Fricke in den Ausgaben der FTD vom 9. und 10. Mai 2006)

² Heintze, Cornelia (2006): Staat als Partner: Deutsche wohlfahrtsstaatliche Perspektiven im Lichte skandinavischer Erfahrungen, in: Beier, Angelika/Eicker-Wolf, Kai et al. (Hg.), Marburg: S. 111-145.

Dr. Cornelia Heintze studierte an der FU Berlin Politikwissenschaft. Sie promovierte mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildungsökonomie, Finanz- und Kommunalwissenschaften. Neben verschiedenen Tätigkeiten als Referentin war sie als Stadtkämmerin in Delmenhorst tätig. Seit 1999 ist sie freiberuflich als Beraterin, Referentin und Autorin tätig.

Martina Bunge über ihre Arbeit als Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

Niemand kann sagen, er habe es nicht gewusst

Als Ausschussvorsitzende bist du die Chefin, politisch gehörst du zur Minderheit. Wie geht das zusammen?

Es geht zusammen. Wenn nicht, wäre die Parlamentsarbeit der Opposition generell in Frage zu stellen. Während ich eine Sitzung leite, bin ich zur Neutralität verpflichtet. Aber die Geschäftsordnung bietet verschiedene Spielräume. Die will ich ausreizen.

Ein Beispiel?

Im Normalfall befasst sich der Ausschuss mit Entwürfen der Fraktionen oder der Bundesregierung. Bei aller Sacharbeit läuft das meist so: Bei einem Entwurf der Koalition hält die Opposition dagegen, bei einem Entwurf aus der Opposition die Koalition... Die Geschäftsordnung lässt zu, auch über Themen zu reden, zu denen es keine Vorlage gibt. Als ich das praktizieren wollte, hieß es erst, das haben wir noch nie gemacht. Inzwischen hatten wir eine so genannte Selbstbefassung zur Lage der Ärztinnen und Ärzte in den neuen Bundesländern.

Mit welchem Resultat?

Das Verständnis für dieses Problem ist erst einmal da. Ich setze nun nicht nur auf Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten, sondern auch auf einen West-Kollegen aus der Unionsfraktion. Er hat viele Kontakte in meine Region, ist Arzt und ich denke, er möchte mir das Feld nicht allein überlassen.

Manche Ergebnisse stellen sich auf Umwegen ein...

So ist es. Da kann ich traurig sein, wenn nicht alle Welt erfährt, dass wir daran beteiligt sind. Ich kann aber auch froh sein, dass etwas erreicht wurde.

Wie ist dir zumute, wenn du die Beschlussempfehlungen des Ausschusses unterzeichnest?

Die Beschlussempfehlung, wie der Name sagt, empfiehlt dem Bundestag, einen Entwurf anzunehmen oder abzulehnen. Für die Entwürfe der Koalition wird es immer die Empfehlung zur Annahme, für die der Opposition immer die zur Ablehnung geben. Bei ersten sage ich mir, ich signiere hier den ordnungsgemäßen Verlauf. Meine politische Haltung habe ich bei der Abstimmung deutlich gemacht. Bei Entwürfen aus der eigenen Fraktion tut es schon weh, dass sie keine Chance hatten.

Wie kannst du dich im Ausschuss als Mitglied der Linkenfraktion äußern?

Für diese Zeit nimmt mein Stellvertreter meinen Platz ein. Das ist auch notwendig, wenn ich bei einer Anhörung eine Frage stellen möchte.

Und wenn du im Land unterwegs bist?

Wenn ich als Ausschussvorsitzende eingeladen bin, erläutere ich – zum Beispiel bei der Gesundheitsreform – mit gebotener Sachlichkeit den Stand der Dinge. Vorher kläre ich immer, ob ich meine politische Position anfügen kann. Da habe ich bisher nirgends ein Nein gehört. In anschließenden Diskussionen geht es meist um diese Positionen. Ob Organisationen von Betroffenen, wie die AIDS-Hilfe, oder Verbände der Ärzteschaft und Gremien der Krankenversicherungen – sie wollen wissen, wie wir die Dinge beurteilen und welche Vorschläge wir haben. Es gibt großes Interesse für unsere Alternativen zur Finanzierung und zu den Strukturen des Gesundheitswesens.

Die Gesundheitsreform steht enorm unter Kritik. Kommt da Genugtuung auf?

Schon. Aber größer ist die Enttäuschung über den Murks, mit dem die große Koalition am Wählerwillen vorbei regiert. Auch über



den Werdegang bin ich entsetzt. Monatelang mussten die Abgeordneten von Informationen aus den Medien »leben«. Das Parlament wurde entmündigt. Kein Wunder, wenn die Menschen an der Demokratie zweifeln. Als der Entwurf endlich vorlag, sollte es hopp, hopp gehen. Dass es wenigstens ausführliche Anhörungen gab – 26 Stunden insgesamt – ist der Opposition zu danken. Nun kann kein Abgeordneter der Regierungsfraktionen mehr sagen, er habe nicht gewusst, wofür er stimmt.

Wird die Reform am 1. April in Kraft treten?

Die Kanzlerin kann kaum zurück. Generell möchte ich im Prozess der Ausschussarbeit Veränderungen an den Entwürfen erreichen. Aber die grundlegenden Mängel, wie noch mehr Privatisierung und neue Ungerechtigkeiten, sind nicht wegzubekommen.

Wann kommt die nächste Gesundheitsreform?

Spätestens nach der nächsten Wahl. Doch vieles ist nur schwer oder gar nicht zurückzuholen.

Das Gespräch führte Brigitte Holm.

Der Gesundheitsausschuss ist einer von 22 ständigen Ausschüssen des Bundestages. Ihm gehören 31 Mitglieder an: je 11 aus den beiden Regierungsfraktionen und je drei aus den Fraktionen von FDP, DIE LINKE. und Bündnis90/Die Grünen.





Mehr Bürgernähe ist gefragt!

»Wenn das so weiter geht... brauchen wir eine Beratungsstelle.«

Zu diesem Fazit kommt Claudia Nier, Mitarbeiterin des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion DIE LINKE., seit Beginn der 16. Wahlperiode immer öfter. Die Flut von Post, Anfragen und Telefonaten, die unsere Fraktion täglich erreicht, nimmt nicht ab, sondern zu.

Seit mehr als einem Jahr bearbeiten Claudia Nier und Axel Goldmann die Bürgerpost in unserer Fraktion. Sie sind in gewissem Sinne »Seismografen« der politischen Situation im Land. Der Begriff Bürgerpost ist allerdings weiter gefasst als im eigentlichen Sinne des Wortes. Die beiden Mitarbeiter beantworten Telefonate, E-Mails und Briefe der Bürgerinnen und Bürger, die nicht direkt an die Abgeordneten der Linken gerichtet sind. Die Inhalte der Anliegen sind vielfältig. Sie reichen von Bitten um Zusendung von Publikationen und Flyern über Stellungnahmen zu parlamentarischen Initiativen bis zu Protesten und Meinungsäußerungen.

»Es ist erschreckend, wie oft alle Fraktionen über einen Kamm geschoren werden und sich viele Bürgerinnen und Bürger an die Linke wenden, wenn sie absolut nicht mehr weiter wissen«, meint Axel Goldmann.

Den größten Anteil der Post nehmen thematisch die Briefe von Hartz IV-Betroffenen

ein. Oft sind diese E-Mails der letzte Retungssanker, den die Absender auswerfen, in der Hoffnung, hier in der Fraktion direkte Hilfe zu erhalten. Axel Goldmann und Claudia Nier wissen, dass sie die Situation der Betroffenen weder ändern können noch sie rechtlich beraten dürfen. Aber sie hören geduldig zu und geben Tipps aus eigener Erfahrung, weil sie selbst das Schicksal von Langzeitarbeitslosigkeit teilen.

Drei Beispiele:

Ein 56-jähriger Duisburger Speditionskaufmann sandte an die Fraktion Kopien unzähliger Bewerbungen und Anfragen an die Arbeitsagentur Duisburg, auf die er bis Ende 2006 keine Antworten erhielt.

»Sollte es nicht auch im Interesse der Arbeitsagentur Duisburg sein, so schnell, wie möglich einen qualifizierten, arbeitswilligen HartzIV-Empfänger in eine adäquate Stelle – Exportkaufmann, Speditionskaufmann oder Vertriebsmitarbeiter – zu vermitteln? Ich will dem Staat nicht zur Last fallen, aber mit 56 Jahren sollten Sie mir bitte auch dabei behilflich sein und wenigstens auf meine Bemühungen antworten oder antworten lassen.«

Ähnlich ging es auch einer Berlinerin, die wochenlang trotz eines Bewilligungsbescheides kein Arbeitslosengeld II bekam und sich wütend durch die Webseiten des Bundestages klickte. »Niemand von den anderen Parteien fühlte sich für ihr Problem zuständig«, empörte sich die 50-Jährige. Irgendwann landete sie auf

der Homepage der Linksfraktion und hatte schließlich Axel Goldmann am Telefon. Er nahm sich der Sache an und setzte – mit einem kleinen Trick – auf die »Behördenhörigkeit« der Arbeitsagentur. Er sollte Recht behalten. Ein Anruf aus dem Deutschen Bundestag genügte. Innerhalb von zwei Tagen war das Geld auf dem Konto der erwerbslosen Berlinerin.

Auch Familie L. aus Torgau wandte sich an die Mitarbeiter der Bürgerpost.

»Ich weiß mir keinen Rat mehr... am 12.7. haben wir unseren Fortzahlungsantrag bei der Arge Torgau gestellt, und bis dato wurde nix bearbeitet. (Bewilligung bis 31.8.). Termin am 17.8. hat nur gebracht, dass die Akte weg ist. Wir haben zwei kleine Kinder... was wird ab 1.9? Wir bewerben uns seit Jahren schon um Arbeit... wir wissen nicht, wie die laufenden Kosten getragen werden sollen... Arbeit wäre uns lieber als Betteln.«

So vielfältig wie die Anliegen, so unterschiedlich müssen auch die Betroffenen angesprochen werden. Claudia Nier und Axel Goldmann haben ein Gespür dafür entwickelt. Sie sind Auskunftsbüro, Rechercheure, Seelsorger und »Kummerkasten« – am besten alles gleichzeitig – in einem. Deshalb sind bei Hilflosigkeit gegen Behördenentscheidungen und Behördewillkür die Mitarbeiter der Bürgerpost der Linksfraktion eine gute Adresse.

Marion Heinrich



Neue Energien für die Prignitz

Neue Strategien für den ländlichen Raum

Die Kulisse konnte nicht eindrucksvoller gewählt werden – eine Windhose hatte im Herbst des vergangenen Jahres Teile des Damelacker Waldes in der Prignitz flachgelegt. Kahlschlag auf der ganzen Linie und mittendrin Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion. Dies ist ihr Wahlkreis.

Sie lebt in einem kleinen Dorf rund 60 km vom Ort der Zerstörung entfernt. Sie kennt also die schwierigen Lebensverhältnisse und die bleierne Lethargie, die wie ein Damoklesschwert über großen Teilen des Brandenburger Landes schwebt.

»Wir können als Linke nicht zusehen, wie Dörfer allmählich sterben, wir müssen den Menschen, die hier leben wollen, Alternativen bieten und Hoffnung geben«, sagt Kirsten Tackmann fest entschlossen. Zwei Schwerpunkte stehen für diesen Arbeitstag als Beispiele für Chancen und Schwierigkeiten in diesem Wahlkreis an: sozialökologische Konzepte zur Waldbewirtschaftung und die beabsichtigte Schließung der Gesamtschule in Karstädt. Was theoretisch klingt und auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun hat, verdeutlicht auf den zweiten die Problemlage im ländlichen Brandenburg. Über 64000 Brandenburgerinnen und Brandenburger haben seit 2001 die Region verlassen. Vor allem junge

gut ausgebildete Frauen kommen nicht zurück. Die viel zitierte demografische Katastrophe ist nicht ferne Zukunft. Sie ist heute schon sichtbar – Beispiel Schönhagen, 15 km von Perleberg entfernt.

»Unsere Dörfer können sie bald alle wegschieben.«

Ortstermin mit der Bundestagsabgeordneten in der guten Stube von Eckhard Sandberg in Schönhagen. Dazu eingeladen waren auch Enno Rosenthal, Vorsitzender des Waldbauernverbandes Brandenburg und Forstinspektor Stefan Koepp vom Amt für Forstwirtschaft Kyritz.

»Unsere Dörfer können sie alle bald wegschieben, hier gibt's nichts mehr, keinen Fleischer, Bäcker, Arzt, keine Schule, Apotheke, Kneipe, Post und am allerschlimmsten – hier gibt es keine Arbeitsplätze«, schimpft Sandberg. Der 69-jährige ist Waldbesitzer und ehrenamtlich Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Damelacker Wald. Die FBG gehört dem Brandenburger Waldbauernverband an, der eine Fläche von insgesamt 10 000 Hektar bewirtschaftet. Die ungeahnte Holznachfrage könnte eine neue Chance für die Re-

gion sein. Schon sah man Waldbesitzer als die neuen Ölbarone. Doch die Situation für die Privatwaldbesitzer in Brandenburg ist kompliziert. Hohe finanzielle Belastungen (Versicherungen, Beiträge für Boden- und Wassergebühren, öffentliche Abgaben) und zu geringe Erträge führten nicht zum notwendigen wirtschaftlichen Erfolg.

Eine Frage stellt sich für alle ländlichen Problemzonen: Wie können nachhaltig existenzfähige regionale Wirtschaftsstrukturen entwickelt werden, wenn gleichzeitig EU, Bund und Land Fördermittel für den ländlichen Raum und zum Beispiel Agrarumweltmaßnahmen streichen? Trotzdem liegt ein großes Potenzial vor ihrer Haustür – Holz auf 350 000 ha in Brandenburg. Der Zugriff auf Bioressourcen und Flächenreserven bekommt immer mehr strategische Bedeutung für die Entwicklung ländlicher Räume.

»Die Entwicklung ländlicher Räume braucht regionales Management.«

Enno Rosenthal vom Waldbauernverband Brandenburg bringt es auf den Punkt: Ländliche Entwicklung braucht regionales Management, das alle Akteure vor Ort koordi-

niert, Konzepte plant und umsetzt. »Statt in Brandenburg – wie geplant – massenhaft Förster zu entlassen, sollten sie umgesetzt werden in die Wälder der kleinen Waldbesitzer. Die brauchen diese fachliche Unterstützung, müssen die Förster aber auch bezahlen können.« Mit dieser Idee stößt er an die Grenzen der Verwaltungshoheit der Landesämter für Forstwirtschaft.

Die Begründung, Haushaltseinsparungen würden erfordern, in diesem Jahr die Anzahl der Förster von bisher 3000 auf 1000 zu reduzieren, stößt auch bei Forstinspektor Stefan Koepp auf Protest. Dennoch sieht er die Zukunft seiner Kollegen nicht in privaten Wäldern. Förster müssten weiter hoheitliche Aufgaben in den Wäldern erfüllen. Sie trügen sowohl für das Kulturgut Wald Verantwortung als auch für Bildung heranwachsender Generationen. Kinder müssten erfahren und erleben, wie Naturkreisläufe funktionieren.

Es wird deutlich: Ein regionales Management ist nicht ohne Konflikte zu haben.

»Eine Prignitzer Regionalmarke vom Holz zur Gartenbank bis zur Wurst.«

Die Forstwirtschaft bietet trotzdem gute Chancen für die Prignitz und in ganz Brandenburg, wenn regionale Netzwerke geschaffen werden. Holz selbst bietet die Basis für eine erfolgreiche regionale Wertschöpfungskette. Durch die Bündelung des Rohholzangebotes können höhere Preise bei der Holzernte und beim Holzverkauf erwirtschaftet werden.

Noch besser wäre es, wenn Regionalmarken kreiert würden, wie sie sich in anderen

Bundesländern bereits etabliert haben. Das ist das Ziel: vom Rohholz aus Brandenburger Wäldern bis zur Gartenbank und zum Holzspielzeug. Unter dem gleichen Regionallabel sollten auch Bäuerinnen und Bauern Wurst und Milchprodukte vermarkten. Die Linksfraktion hat weitere Vorschläge. So sollen Fördermittel nicht an Projekte gebunden, sondern in Regionalfonds zusammengeführt werden. Alle Akteure vor Ort müssen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

»Die Förderphilosophie muss weg von einer Alimentierung hin zur strukturpolitischen Verwendung der Gelder, um Existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen«, unterstreicht Kirsten Tackmann. Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume erfordert auch Konzepte zur Nachfolgesicherung. Was passiert, wenn Waldbesitzer Eckhard Sandberg in wenigen Jahren nicht mehr für seinen Wald sorgen kann? In Schönhausen gibt es keine jungen Leute mehr. Sein 17-jähriger Enkel hatte Glück, eine Lehrstelle als Vermessungstechniker in Perleberg zu ergattern. Nach der Lehre will er auswandern, weil er hier keine Chance auf einen Job hat.

Menschen gehen immer mehr in die »Emigration«. Das war im Osten schon einmal so. Kirsten Tackmann sieht einen Grundfehler darin, dass sich die Bewohner auch jetzt wieder immer weniger in politische Entscheidungen einbezogen fühlen.

»Schule hat keine Lobby.«

Das erleben gerade auch die Mädchen und Jungen der Realschule Karstädt, die zum übernächsten Schuljahr geschlossen werden soll. Sie haben heute Kirsten Tack-

mann eingeladen. Drei Schülerinnen, Eltern- und Gemeindevertreter und Direktor Axel Knuth machen ihrem Ärger Luft. Die Gründe, die das Kreisschulamt Prignitz für die Schließung anführt, sind fadenscheinig. Trotz ausreichender Schülerzahlen, gegen Eltern- und Lehrerwillen, wird über den Kopf der Betroffenen hinweg entschieden. Muss die Schule in Karstädt geschlossen werden, um drei Schulzentren in den Städten Perleberg, Wittenberge und Pritzwalk zu sichern? Für die Kinder und Jugendlichen aus Karstädt und Umgebung würde das eine deutliche Verschlechterung bedeuten: eine Stunde längere Fahrzeiten für den Schulweg, größere Klassenstärken und weniger Zeit für Arbeitsgemeinschaften oder Training am Nachmittag. Verluste bringt die Schulschließung auch für die Gemeinde Karstädt. Dort gibt es eine exzellente Sportanlage mit Tartanbahn und Schwimmhalle, die erst vor einigen Jahren erbaut wurde. Es liegt auf der Hand, dass die Anlage bald nicht mehr ausgelastet ist. Um die gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Gemeinde Karstädt würde sie so mancher in Brandenburg beneiden, sagt Direktor Axel Knuth. Er verweist stolz auf viele sportliche Erfolge, die seine SchülerInnen im Wettbewerb »Jugend trainiert für Olympia« errungen hätten. Jetzt sehen die Trainer von Hertha Karstädt wegen der Schließung der Schule schwarz für ihre jungen Sportler. Wenn künftig die Schüler morgens um sechs das Haus verließen und nachmittags gegen 16 Uhr nach Hause kämen, müssten sie erst Hausaufgaben erledigen. Welches Kind kann dann noch zum Training kommen oder an einer anderen AG teilnehmen?

»Ich wünsche mir, dass durch Vernunft eine Lobby entsteht.«

»Es wurde nie die Frage gestellt: Wie können wir die Schule erhalten? Der Schulverwaltung ging es nur um weitere Schließung eines Schulstandorts. Schule im ländlichen Raum hat keine Lobby«, kritisiert Direktor Knuth.

Die Karstädter Schüler erleben gerade, wie Politik »funktioniert«. Was bleibt, ist Politikverdruss. Kirsten Tackmann ermuntert dennoch die SchülerInnen, nicht aufzugeben. Aus eigenem Erleben erzählt sie, dass das Institut für Tierseuchenbekämpfung, in dem sie gearbeitet hat, seit 1996 von Schließung bedroht ist. Es besteht noch immer. »Wir leben leider in einer Lobbykultur. Geben wir gemeinsam der Vernunft eine Lobby!« Marion Heinrich





Foto: dpa

Mehr UNO und weniger NATO

Die Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren deutsche Soldaten immer öfter im Ausland eingesetzt. Inzwischen wurden neben dem Kosovo in Europa auch Afghanistan, der Kongo und das Mittelmeer vor der libanesischen Küste als Einsatzgebiete angewiesen. Die NATO unter der faktischen Führung der USA bleibt durch militärische Präsenz Weltgendarm nach eigenen Regeln. »Clara« wollte vom verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Paul Schäfer, wissen, wie er die Entwicklungen in Bezug auf deutsche Militäreinsätze und einen möglichen Ausstieg Deutschlands aus der NATO sieht.

DIE LINKE. beansprucht für sich, die konsequente Friedenspartei im Bundestag zu sein. Aber auch die anderen Fraktionen betonen, dass sie keinen Krieg wollen und die Bundeswehr doch nur zur Friedensstiftung in Marsch gesetzt würde. Wo also liegen die Unterschiede?

Paul Schäfer: Wir bleiben dabei, dass wir jegliche Kriegseinsätze der Bundeswehr kategorisch ablehnen. Eine Beteiligung der Bundeswehr an völkerrechtswidrigen Einsätzen wie im Jugoslawien-Krieg

der NATO oder in Afghanistan war und ist mit uns nicht zu machen. Die Vertreter der anderen Fraktionen definieren die außenpolitische Bedeutung Deutschlands nicht zuletzt über dessen militärische Fähigkeiten; wir messen die Bundesrepublik an ihrem friedenspolitischen Engagement.

Schließlich verweigern wir uns einer Logik, die, um der Fortexistenz der militärischen und rüstungswirtschaftlichen Apparate willen, auf Militäreinsätze baut. Wir wollen radikal abrüsten.

Aber kann man alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gleichsetzen?

Sicher nicht. Aber trotzdem gilt, dass wir als Linke auch die Militäreinsätze kritisch hinterfragen, die den »Frieden sichern« oder den oft zitierten humanitären Zwecken dienen sollen. Denn dass es bei Militäreinsätzen im globalisierten Kapitalismus nicht zuletzt um Macht- und Einflusssphären geht, ist ein offenes Geheimnis. So war der EU-Militäreinsatz im Kongo darauf ausgerichtet, Flagge zeigen zu wollen – um längerfristige wirtschaftliche und machtpolitische

Interessen ins Spiel bringen zu können. Wenn gesagt wird, die Deutschen müssten militärisch mitmachen, um mitreden zu können, werden wir besonders argwöhnisch. Bei der heiklen UN-Militärimission im Libanon haben deutsche Soldaten aus historischer und aus aktueller Sicht nichts verloren.

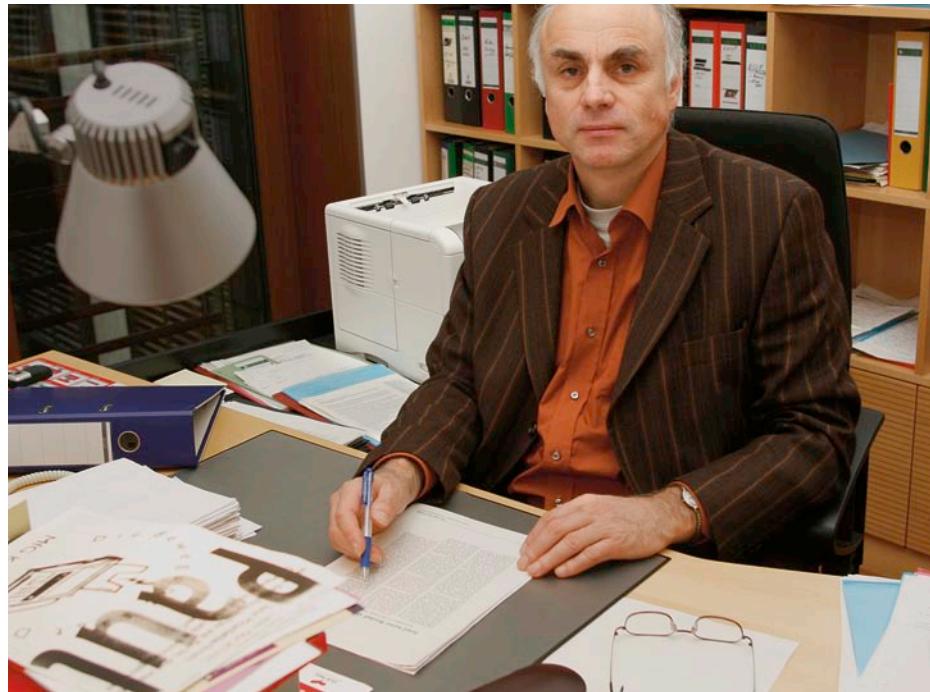
Jetzt soll die Bundeswehr Tornados nach Afghanistan schicken...?

Der Stabilisierungseinsatz (ISAF) der NATO und der »US-Krieg gegen den Terrorismus« gehen immer mehr ineinander über. Dieser Krieg jedoch kann nicht gewonnen werden. Daher ist es fatal, wenn die Bundeswehr jetzt in neuer Weise in Kampfeinsätze verstrickt wird. Dann wird es auch mit dem Image der »Militär-Aufbauhelfer« im Norden Afghanistans bald vorbei sein. Daher werden wir uns in diesem Jahr stark darauf konzentrieren, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und eine Umwidmung der Finanzmittel zugunsten ziviler Aufbauhilfe zu erreichen.

Apropos NATO: Die NATO hat sich auf ihrem Gipfel in Riga neue politische Einsatz-Richtlinien gegeben, 2008 soll eine neue Strategie verabschiedet werden, wie bewerten Sie diese aktuellen Entwicklungen?

Wir sind entschieden gegen ein Militärbündnis, das zwei Drittel der Militärausgaben weltweit verschlingt, wir sind gegen die Anmaßung einer exklusiven Militärrallianz, im Mittelmeer oder im Indischen Ozean für Seesicherheit sorgen zu wollen und wir sind gegen die Hybris der NATO, die in Afghanistan beispielhaft zeigen will, dass nur sie in der Lage ist, so genannten gescheiterten Staaten wieder auf die Beine zu helfen. Schließlich: Die von den USA dominierte NATO ist spätestens seit 1999 kein Verteidigungsbündnis mehr. Sicherheitsgefährdungen aller Art werden gegenwärtig von der Atlantischen Allianz genutzt, um sich eine Funktion als Weltordnungsmacht zuzuschreiben, die man in Verbindung mit Partnern wie Japan oder Australien, auch global durchsetzen will. Aber für die Sicherung des Weltfriedens und für die Gewährleistung der internationalen Sicherheit sind die Vereinten Nationen zuständig – niemand sonst. Daher bleibt die Auflösung der NATO ein Ziel der Linken.

Es war zu lesen, dass Mitglieder der Linksfaktion laut darüber nachdenken, dass es eine Alternative zur NATO geben sollte und für Deutschland ein Ausstiegsszenario entwickelt werden müsse. In welchem Maße kann sich



Deutschland denn überhaupt aus dieser »Bündnissolidarität« verabschiedet?

Wir brauchen ein Regime kollektiver und gemeinsamer Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, von Grönland bis zum Kap der Guten Hoffnung. Und wir brauchen eindeutige Schritte der Entmilitarisierung und Zivilisierung der Internationalen Beziehungen. Die NATO ist in dieser Hinsicht überflüssig wie ein Kropf.

Aber: Die Bündnistreue zur NATO gehört quasi zur bundesdeutschen Staatsräson. Der muss man sich nicht unterwerfen, aber diese Tatsache gänzlich zu ignorieren, hilft auch nicht weiter. Und: Die NATO hat seit 1990 mehr und nicht weniger Mitglieder. Solange dies so ist, sollte Deutschland als Widerpart zur Kriegspolitik innerhalb des Bündnisses agieren: Deutschland hätte z. B. mit einem Veto gegen die Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien erheblich Sand ins Getriebe werfen können. Außerdem sollte die Bundesregierung energisch Schritte zur nuklearen und konventionellen Abrüstung einfordern.

Inwieweit gibt es denn aus Sicht linker Politik überhaupt einen Spielraum, um Auslandseinsätze der Bundeswehr zu tolerieren?

Dass es Situationen geben kann und gibt, in denen der Einsatz von militärischer Gewalt ohne Alternative ist, steht für mich außer Frage. Das gilt für das Recht auf Verteidigung ebenso wie für die Verpflichtung der Vereinten Nationen, Völkermord und massive Kriegsverbrechen abzuwenden –

wenn dies bei Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel überhaupt möglich und vertretbar ist. Auch UN-Blauhelmeinsätze zur Stabilisierung und Umsetzung eines Friedensschlusses können sinnvoll sein, wenn sie mit wirklicher Entmilitarisierung und gesellschaftlicher Zivilisierung verbunden sind. UN-Blauhelme haben 1994/95 in Mozambique maßgeblich dazu beigetragen, dass ein schlimmer Bürgerkrieg beendet und der Weg zum Frieden beschritten werden konnte. Ich halte überhaupt nichts davon, wenn DIE LINKE. solche Erfahrungen einfach negieren würde, nur weil sie nicht ins eigene Weltbild passen.

Also doch Einzelfallprüfung?

Unsere antimilitaristische Grundhaltung darf nicht in Zweifel gezogen werden: Nein zu Auslandseinsätzen, insbesondere Einsätzen nach Kapitel VII der UNO-Charta. Mir erscheint es auf Dauer aber unausweichlich, dass man sich Einzelfälle gründlich ansieht und dass man sich für diese Prüfung über präzise und möglichst restriktive Kriterien verständigt.

Es muss sich um UN-legitimierte und UN-geführte Missionen handeln. Es muss darum gehen, ob zuvor alle Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösungen ausgeschöpft worden sind. Es muss zentral um den Schutz der besonders Betroffenen, der Zivilbevölkerung, gehen. Nicht zuletzt muss eindeutig geklärt sein, ob der Militäreinsatz deeskalierend oder konfliktverschärfend wirkt, ob er mit dem Aufbau weiterer Gewaltpotenziale oder mit Abrüstungsschritten verbunden ist. Das Gespräch führte Frank Schwarz.



Lernen von der Tomatenpartei

von Klaus Singer

Auf Einladung der SP der Niederlande reisten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gesine Loetzsch und der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. Ulrich Maurer vom 8. bis 9. Januar 2007 zu einem Studienaufenthalt nach Den Haag.

11.30 Uhr Ankunft auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol. In der Empfangshalle erwartet uns bereits der Generalsekretär unserer Schwesternpartei, die Sozialistische Partei der Niederlande (SP) und Abgeordnete Hans van Heijningen. Ohne steifes Protokoll, mit Rucksack auf dem Rücken, empfängt er uns herzlich, so wie man Freunde begrüßt. Er drückt jedem von uns

eine Fahrkarte in die Hand. Dann geht es gemeinsam mit dem Zug nach Amsterdam. Schon während der 20 minütigen Fahrt erzählt er uns von dem Riesenerfolg, den die SP bei den Parlamentswahlen im November letzten Jahres erzielt hat.

Die Tomatenpartei – so wird die SP wegen ihres Logos genannt – hatte ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Wahl verdreifacht und ist damit die eigentliche Siegerin gewesen. Die SP ist jetzt die drittstärkste Partei hinter den Christdemokraten (CDA) und den Sozialdemokraten (PvdA).

In Deutschland kennt man vielleicht den dreimaligen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende (CDA), aber leider nur wenige kennen bis jetzt Jan Marijnissen, den Parteivorsitzenden der SP, der einer der beliebtesten und eloquentesten Politiker unseres Nachbarlandes ist. Uns interessierte natürlich, wie die niederländischen Genossen diesen Satz nach vorn geschafft haben.

Die Niederlande war in den 90er Jahren ein großes Vorbild für die Neoliberalen in

Deutschland. Fast jeden Tag konnte man bei uns Artikel in den Zeitungen über das niederländische Modell lesen. Die deutsche Sozialdemokratie nahm sich an den niederländischen Sozialdemokraten ein Beispiel. Das war offensichtlich keine gute Idee. Die niederländischen Sozialdemokraten verloren massenhaft Wähler an die Sozialisten. Ähnlich wie in unserem Land sind in den Niederlanden immer weniger Menschen bereit, eine neoliberalen Politik der Privatisierung der persönlichen Risiken weiter zu akzeptieren.

»Viele Niederländer wollen wieder eine sozialere Politik.«

Ein ganz großes Thema ist auch dort die zunehmende Kommerzialisierung der Gesundheitspolitik. Agnes Kant, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SP in der 2. Kammer – dem Bundestag vergleichbar –, treffen wir im altehrwürdigen Senat. »Es gibt eine verbreitete Stimmung in den Niederlanden, die sich gegen eine weitere

Privatisierung des Gesundheitswesens wendet. Viele Niederländer wollen wieder eine sozialere Politik und unter sozialdemokratischen Wählern gibt es eine Mehrheit, die eine Regierung von Sozialdemokraten und Sozialisten befürwortet», erklärt Agnes uns die Situation.

Die Gesundheitsreform ist ein wesentlicher Schwerpunkt parlamentarischer Initiativen der SP. Ihre Fraktion hätte in den letzten Wochen mehr Anträge im Parlament durchsetzen können, als in der gesamten vergangenen Legislaturperiode. Und das auf Grund einer sehr ungewöhnlichen Situation, die für uns eigentlich unvorstellbar ist. Das neu gewählte Parlament tagt und die alte Regierung ist noch im Amt, weil die neue erst verhandelt werden muss. Man nimmt sich Zeit für die Verhandlungen, die wohl noch einige Wochen dauern werden.

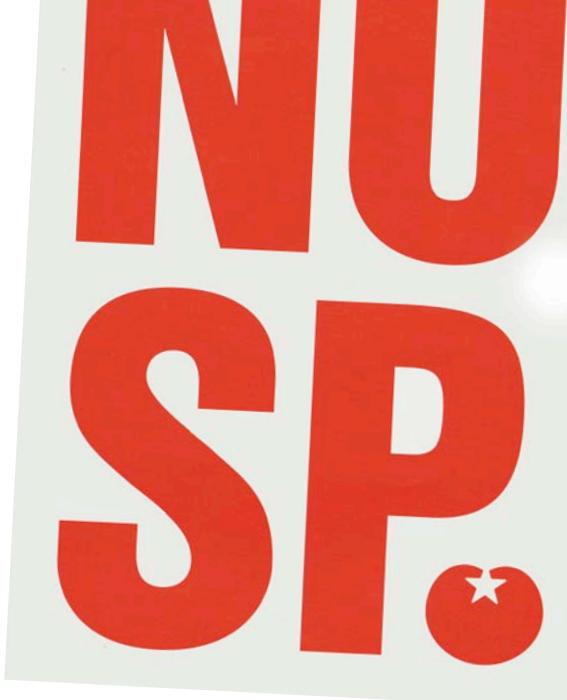
»In Deutschland wird das Parlament durch die Regierung immer mehr entmachtet, eine solche fraktionsübergreifende Zusammenarbeit ist im Bundestag leider nicht möglich«, kann Gesine nur bedauernd feststellen.

»Wir sind bereit zu regieren.«

Da die Christdemokraten und die Sozialdemokraten zusammen keine Mehrheit im Parlament haben, kam es nach der Wahl zu Sondierungsgesprächen zwischen den drei großen Parteien, zu denen nun auch die SP gehört. Allerdings waren Balkenende und seine CDA nicht bereit, ihre neoliberalen Politik aufzugeben, so dass die SP keine Möglichkeit sah, sich an der Regierung zu beteiligen. Für Tiny Kox, Präsident der SP-Fraktion in der 1. Kammer – vergleichbar dem Bundesrat –, ist das kein Beinbruch.



»Wir sind bereit zu regieren«, sagt er, »doch es gibt eine Bedingung: die Politik muss sozialer werden, doch dazu war Balkenende nicht bereit.« Jetzt verhandeln die beiden Parteien mit der konservativen Christenunion (CU), die entschieden gegen die liberalen Regelungen bei der Abtreibung, bei der Sterbehilfe und bei der Eheschließung Homosexueller kämpfen. Auch den



Sozialdemokraten ist klar, dass sie eine Regierung mit den Konservativen weitere Stimmen kosten wird.

Der Erfolg der SP resultiert aus den Fehlern der Sozialdemokraten, aber nicht nur! Die SP hat in den 90er Jahren eine erstaunliche Entwicklung vollzogen. Aus einer kleinen maoistischen Partei der 80er Jahre ist eine wirkliche sozialistische Volkspartei geworden. Sie hat den Bürgerinnen und Bürgern in einer sehr überzeugenden und verständlichen Art und Weise ihre politischen Ziele vermittelt. Dabei halfen ihnen bekannte Künstler und kreative Werber, die die Konkurrenz mit viel Humor und modernsten Kommunikationstechniken blass aussehen ließen.

»Ein besseres Niederlande für das gleiche Geld!«

Besonders junge Leute wurden durch witze Internetclips und SMS-Botschaften angesprochen. Doch Niko Koffeman, der Kommunikationsexperte der Partei sagt klar, dass – im Gegensatz zur Sozialdemokratie –, in der SP immer der Inhalt an erster Stelle steht und dann erst über das Image gesprochen wird. Es geht nicht um bunte Bilder und coole Sprüche, sondern um klare politische Aussagen, auf die sich die Menschen verlassen können. Das Versprechen im Wahlprogramm »Ein besseres Niederlande für das gleiche Geld!« wird nun mit klugen Vorschlägen für Gesetzesinitiativen ins Parlament eingebracht. Die Fraktion gewinnt zunehmend an Einfluss durch ihre pragmatische und glaubwürdige Politik. Das ist inzwischen sogar die Ein-

schätzung der öffentlichen Medien, wenngleich sie sich den Verweis auf den maoistischen Ursprung der SP immer noch nicht verkneifen können.

Tiny Kox, der auch Vordenker der Partei ist, sagte uns, dass die Niederländer von der SP vor die Frage gestellt wurden, ob sie weiter eine neoliberalen oder lieber eine sozialere Politik haben wollen. 1,5 Millionen Menschen haben sich für eine sozialere Politik entschieden. Viele dieser Menschen wollen auch wieder Politik machen. Allein in den vergangenen Monaten sind 5.000 Niederländer in die SP eingetreten – ein Zuwachs von 10 Prozent! Das ist wirklich erstaunlich, da alle anderen Parteien heftig mit Mitgliederverlusten zu kämpfen haben. Politikverdrossenheit kennt die SP nicht. Die Menschen sind bereit mit zu machen. Das ist auch gar nicht schwierig, weil die SP auf kommunaler Ebene verwurzelt ist und in vielen Städten mitregiert. Hans van Heijningen, ehemaliger Hausbesetzer, langjähriger Entwicklungshelfer in Nikaragua und jetziger Generalsekretär der SP, wies darauf hin, wie entscheidend die Qualität der Arbeit ist und nicht, ob man kommunal mitregiere oder opponiere. Das hat zu einem prinzipiellen Umdenken in der ganzen Partei geführt. Die SP hatte im Wahlkampf das erste Mal erklärt, dass sie bereit ist, in eine Regierung einzutreten. Das war für die Partei ein ganz großer Schritt. Die SP hatte bisher auf der Bundesebene eine konsequente Oppositionspolitik betrieben. Die rote Tomate, das Erkennungszeichen der SP, diente lange Zeit als Wurfgeschoss gegen neoliberalen Politiker und war aus der Sicht der Partei weniger zum Verzehr geeignet. Jetzt überzeugt die SP durch kluge Konzepte und Bürgernähe. Das kommt in allen sozialen Schichten gut an, bei Arbeitern, Intellektuellen, Künstlern, Angestellten.

Für Ulrich ist klar: »Von den Niederländern lernen, heißt Siegen lernen.« Zum Abschied sprach Gesine in fließendem Niederländisch mit Hans. Sie haben sich sehr gut verstanden und das lag wohl nicht nur an Gesines Sprachkenntnissen. Offensichtlich befinden sich die SP und die Linke auf einer Wellenlänge.



Faible für Paragraphen und Hanteln

In jeder erfolgreichen Fraktion arbeiten starke KollegInnen mit großem Engagement und hoher Professionalität. »Clara« stellt vor: Halina Wawzyniak

Einer geht noch, und noch und noch einer. Ein graziles Leichtgewicht drückt die schweren Hanteln auseinander und lässt sie betont sanft vor dem Gesicht wieder in die Ausgangsposition zurückgleiten. Dabei zählt sie jeden »Kraftakt«. Jede Steigerung ist ein Versuch, eigene Reserven auszuloten. Halina Wawzyniak geht in der Regel drei Mal in der Woche abends vom Bundestag ins nahe gelegene Fitness-Center, das sie salopp »Mucki-Bude« nennt. Sie braucht das Gefühl, an ihr Limit zu gehen, auch für ihre innere Balance. Halina Wawzyniak leitet das Justizariat und seit Anfang dieses Jahres auch die Bund-Länder-Koordination der Linksfraktion.

Justicia non calculat – die Justiz rechnet nicht. Diese alte Weisheit trifft auf die 33-Jährige nicht zu. Ihr Traum war nie, Anwältin in einer Elitekanzlei zu werden. Sie sei mit der Partei aufgewachsen und schon im Alter von 17 Jahren deren Mitglied geworden. Durch Brechts Kaukasischen Kreidekreis ist sie auf die Idee gekommen, Jura zu studieren. Gerechtigkeit zu finden

hat sie gereizt. Sehr schnell begriff sie, dass Recht nichts mit Gerechtigkeit zu tun hat. Während ihre Kommilitonen sich auf Wirtschafts-, Arbeits- oder Familienrecht spezialisierten, hatte sie Spaß an Parteien- und Parlamentsrecht.

»Meine Argumente konnten mithalten mit denen der Cracks.«

Irgendwie sei sie schleichend in die rechtliche Begleitung der Linken zur Bundestagswahl 2005 »reingerutscht«. Es ging immerhin darum, dass die Linkspartei im Bündnis mit der WASG juristisch unangreifbar zur Wahl antreten konnte. Viel stand für die Linke auf dem Spiel – eigentlich alles. Für Halina Wawzyniak waren die Verantwortung und die Erwartungen, die sich daran knüpften, extrem hoch. Beim Gespräch mit dem Bundeswahlleiter bemerkte die junge Rechtsanwältin, »dass meine Argumente mithalten konnten mit denen der Cracks.« Das gab ihr Auftrieb und nahm die Ängste vor der enormen Verantwortung.

Die Zahl der politischen Mitbewerber – eine moderate Umschreibung für Politiker der etablierten Parteien, die die Rechtmäßigkeit des gemeinsamen Wahlantritts von PDS und WASG anzweifelten – war durchaus nicht gering. Mit dem konservativen Bonner Staatsrechtler Prof. Wolfgang Löwer fand sich der führende Kopf der Combattanten wider den Zeitgeist und wider die politische Realität von errungenen 8,7 Prozent für die Linken. Prof. Löwer machte seinem Ruf alle Ehre und legte fristgerecht Beschwerde gegen den Urnengang ein. Der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages hat jetzt gerade entschieden, dass die Beschwerde abgelehnt wird. Doch ist Löwers angekündigte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht für die Justiziarin Halina Wawzyniak und die Fraktion Grund genug, größte Sorgfalt sowohl bei der parlamentarischen Arbeit als auch beim bevorstehenden Zusammenschluss zur neuen Linken walten zu lassen. Der parlamentarische Alltag ist alles andere als spektakulär für das Justizariat. Das Besondere ist die Atmosphäre, die das

»Die Idee des Sozialismus kann jetzt wieder Charme entwickeln.«

Büro und seine Bewohnerin ausstrahlen. Eine Mischung aus klarer Funktionalität und skurrilen Details. Ein Skateboard parkt an der Wand und wartet vergeblich darauf, über die Gänge im Jakob-Kaiser-Haus zu flitzen. Es dient Halina nun als »Fernsehsessel« für Parlamentsreden. Darüber klebt ein Zitat von Wolfgang Neskovic, rechtspolitischer Sprecher der Linken, aus seiner ersten Parlamentsrede: »Das Grundgesetz ist sozial ausgerichtet. Es bildet geradezu eine Aufforderung zum demokratischen Sozialismus«. Dieses Zitat des ehemaligen Bundesrichters begeistert Halina Wawzyniak – ein Thema, worüber sie gern und viel diskutiert: »Die Idee des Sozialismus kann jetzt wieder Charme entwickeln, gerade weil sie nicht mehr diskreditiert ist. Das, was wir in der DDR erlebt haben, hatte mit demokratischem Sozialismus nichts zu tun.«

Manchmal dringen »Gregorianische Gesänge« aus dem Justizariat. Sie zeigen ihre Wirkung, denn selten erleben die Mitarbeiter der Fraktion Halina Wawzyniak genervt oder hektisch. Sie vermittelt das Gefühl, sich für jeden Zeit zu nehmen. Dabei türmen sich meist besonders kurz vor Sitzungswochen des Parlaments die Vorlagen auf ihrem Schreibtisch. Eine Tatsache, die sie gern ändern würde. Das setzt jedoch langfristigere Planung in den Büros der MdB voraus.

»Ein Antrag muss politisch überzeugen und juristisch logisch sein.«

Die Abgeordneten der Linksfraktion haben seit Beginn der 16. Wahlperiode mehr als 13 Gesetzentwürfe, 23 Entschließungsanträge und 129 Anträge eingebracht.

(Redaktions-Schluss 2.2.2007) Egal, ob »Hartz IV muss weg«, »Konto für jedermann«, »Angleichung des ALG II auf Westniveau«, alle parlamentarischen Initiativen passieren den Schreibtisch von Halina Wawzyniak. Nicht selten gerät sie in Konflikt mit den Antragstellern, denn seitenlange Ausarbeitungen von Fakten gehören für sie nicht in einen Antrag: »Ein Antrag muss politisch überzeugen, in sich juristisch logisch sein, und er sollte eine bestimmte Form haben« – so lautet ihre knappe Formel. Genügen die Anträge diesem Anspruch nicht, dann weist sie die Entwürfe zurück: »Formuliert in Eurem Antrag eine These

und eine Schlussforderung – lässt alle Fakten weg, sie gehören nicht in ein Gesetz.« Sie streitet für kurze, verständliche Anträge – ohne juristische Sprachakrobatik. Mit Anfang 30 hat sich Halina Wawzyniak ein bemerkenswert nüchternes Maß an Realitätssinn angeeignet. Es sei richtig, dass jeder Abgeordnete seinen Antrag für den wichtigsten hält – das sei normal. Die Linke ist dennoch in der Opposition und deshalb »richtet sich das Leben in der Regel leider nicht nach unseren Anträgen.«

»Es gibt viele Erwartungen an unsere Fraktion.«

Die juristische Beratung der Wahlkreisbüros liegt ihr daher besonders am Herzen. Da ist sie streng und achtet auf die Einhaltung von Regeln. Wenn man die Regierungsparteien angreift und sich selbst nicht normgerecht verhält, dann hätte das wenig mit Widerstand und Antikapitalismus zu tun.

»Ja, es gibt viele Erwartungen, was eine Bundestagsfraktion an Veranstaltungen organisieren kann. Die Voraussetzung ist jedoch, dass Vorgaben eingehalten werden müssen. Sie fordert Glaubwürdigkeit mit Ideen und Chuzpe. In ihrer neuen Funktion als Koordinatorin für Bund und Länder regt sie ihre Mitarbeiter/innen an, nach Möglichkeiten zu suchen, wie parlamentarische Initiativen in unterschiedlichen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen besser voneinander profitieren können. Dazu gehört es, Anträge in den Landtagen zu analysieren, Abstimmungsverhalten zu beobachten und Bundesratssitzungen vorzubereiten, auch wenn die Linke derzeit nur in einer Landesregierung vertreten ist. Eine bessere Steuerpolitik kommt Gemeinden und Ländern zu Gute. Deren Beispiele im kommunalen Umgang mit Hartz IV-Empfängern, zum Beispiel bei den Kosten für Unterkunft, können Anregungen für Bundestagsanträge sein.

Halina Wawzyniak kennt die unterschiedlichen Handlungsoptionen von Kommunen, Landes- und Bundesebene. Sie plädiert dafür, Verständnis zu entwickeln, dass beide Arten von Politik – Regierungsverantwortung und Opposition – wichtig für eine emanzipierte Linke sind. Als Leiterin des Bereiches Bund-Länder-Koordination will sie dazu beitragen, parlamentarische Initiativen zusammenzubinden statt auf Unterschieden zu beharren. Diese Aufgabe, das weiß sie, braucht langen Atem. Die nötige Kondition dafür holt sie sich jede Woche beim Krafttraining im Fitness-Center.

Marion Heinrich





Glückwunsch, Kollege!

Als ich die Mail bekam: Helmuth Markov ist Präsident des Ausschusses für internationale Handel im Europäischen Parlament kurz: INTA, glich das durchaus einer kleinen Sensation. Zunächst dachte ich: Der arme Helmuth. Aber dann fiel mir auch schnell ein: Das wird doch bestimmt Klasse. Gerade weil ich Fragen der Internationalen Handelspolitik hier im Bundestag diskutiere, die ja das Leben der Menschen in der Bundesrepublik, in Indien oder in Südafrika unmittelbar betreffen, ist sein Vorsitz eine direkte Unterstützung auch für meine Arbeit.

Es ist immerhin die Linkspartei.PDS, die Helmuth Markov seit 1999 im Europaparlament vertritt. Und er ist jemand, der dem EU-Handelskommissar Peter Mandelson immer wieder vorhält, dass dessen Freihandelsdoktrin mit fairer Handelspolitik überhaupt nichts zu tun hat.

Markov ist gelernter Buchhändler und promovierter Ingenieur, hat in verschiedensten Ländern der Welt Industrieanlagen in Betrieb genommen, deren Entwicklung er geleitet hat. Nach der Wende machte er sich selbstständig und war gleichzeitig einige Jahre Mitglied des Landtages Brandenburg. Vom Handel, Verhandeln und Leiten versteht der Mann etwas. Als Vorsitzender des Außenhandelsausschusses muss er das auch: 33 Mitglieder aus acht verschiedenen Fraktionen sollen sich zu so kontroversen Themen wie Wirtschaftspartnerschaftsab-

kommen, Freihandelsverträge, Wege zur Armutsbekämpfung, Patentrechte für Medizin oder Computersoftware, Energieaußenpolitik, Finanzhilfen für Nachbarländer, Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien einigen. Der Ausschuss befasst sich mit den EU-Handelsbeziehungen mit Drittländern sowie mit internationalen Verhandlungen über technische Standardisierung. Er ist zuständig für die Beziehungen der EU zu internationalen Organisationen im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie zur Welthandelsorganisation, einschließlich deren parlamentarischer Versammlung.

Im Bereich der internationalen Handelsbeziehungen gibt es aber fundamentale politische Unterschiede zwischen den Parlamentsfraktionen: Die konservative Mehrheit unterstützt die Freihandelsphilosophie der EU Kommission, die auf weitestgehenden, möglichst gleichzeitigen Abbau jeglicher Regulierung setzt.

DIE LINKE. dagegen steht für fairen Handel, Transparenz und eine Welthandelsordnung, die Sozial- und Umweltstandards ebenso einbezieht wie die unterschiedlichen Ausgangspositionen der internationalen Handelspartner. Diese Forderungen bringen die Abgeordneten der Linkspaktion immer wieder in die Debatte ein. Sie sind für ihre qualifizierten Beiträge durchaus von politischen Konkurrenten anerkannt – sonst würde kaum einer von ihnen als Vorsit-

zender des Handelsausschusses akzeptiert werden. Bei aller Leitungsverantwortung, die Neutralität im Sinne von Gleichbehandlung aller Ausschussmitglieder und bei der Vertretung der Parlamentsposition nach außen erfordert, wird sich Helmuth Markov auch weiterhin in den politischen Auseinandersetzungen mit seiner Meinung zu Wort melden. Dazu gehört z. B. die Forderung, die Positionen von sozialen Bewegungen, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus sehr unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften anzuhören und in Denkprozesse einzubeziehen – Was bedeutet es für



welche Teile der Bevölkerung in welchem Land, wenn Handelsschranken fallen? Muss nicht, wer über GATS (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) reden will, auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit aus armen in reiche Länder mit thematisieren? Andere Fragen betreffen die konkrete Politik der EU: Wenn sie an einem akzeptablen Ergebnis der aktuellen WTO-Runde interessiert ist, muss sie ein neues Angebot vorlegen, das u. a. den unmittelbaren Abbau von Agrarexportsubventionen und die Minimierung von interner Stützung in der EU beinhaltet. Wie kann der Einfluss der demokratisch gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union auf die Formulierung der Verhandlungsmandate der Kommission erhöht werden, die immerhin für alle EU-Mitgliedstaaten in den inter-

nationalen Handelsbeziehungen agiert? Dies und mehr sind und bleiben Helmuths Themen.

Wie ich ihn kenne, weiß ich, dass er hier als Präsident andere Schwerpunkte setzen wird: Erstmal werden sich die Industriebobbyisten an ihm sicher die Zähne ausbeißen und ich bin mir sicher, dass er für mehr Transparenz, für den Zugang zu Dokumenten, für eine bessere Zusammenarbeit mit kritischen Nicht-Regierungsorganisationen und insgesamt für einen Kurswechsel in der internationalen Handelspolitik eintreten wird. Von daher denke ich jetzt nicht mehr: Armer Helmuth, sondern: Los Helmuth, ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung der Fraktion DIE LINKE.





Eva Bulling-Schröter traf am 16.11.2006 während der Klimaschutzkonferenz Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai in Nairobi (Kenia).

Leserbrief:

...da »flatterte« doch »clara« in meinen Briefkasten und das Angebot des Abonnements dazu. Man kann nur »JA« sagen, denn das Heft 1 erscheint mir ganz gut – und ich hatte ja schon damals Eure Mitteilungen (oder so – bis wohl 2002...) bezogen. Und in der Zwischenzeit natürlich aufmerksam das Wirken der beiden starken Frauen, Gesine Lötzsch und Petra Pau, »verfolgt« – im ND und sonst natürlich.

Ihnen besonders, aber selbstverständlich auch allen anderen meinen herzlichen Dank für Ihr Wirken und Ihre Haltung für einen demokratischen Sozialismus (obwohl Attribut und Substantiv eigentlich eine Tautologie sind... !), das sie sich bewahren und entwickeln mögen!

Ich denke, es ist sehr gut, dass Ihr wieder selbst Eure Gedanken, Auffassungen, Eure Politik und das Tun Eurer Fraktion und der Einzelnen darin publizistisch verbreitet. Auch, wenn Ihr nicht mehr so ausgeklammert werdet in den Medien, wie noch in den neunziger Jahren, erscheint mir dies ein völlig richtiger Ent- und Beschluss zu sein. Also lese ich demnächst halt mehr von Euch und sicher gern. Und gern betrachte ich auch Eure Konferenzen in »clara« Nr. 1. Klar! und deshalb »JA« zum Abonnement der »clara« für mich! Siegfried Haustein, Leipzig

DAS wahre WORT ZUM SONNTAG

„Selbst wenn Kurt Beck sich rasiert, hat er nicht das Zeug zum Kanzler“

Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Linkspartei, zum Körperflegetipp des SPD-Vorsitzenden für einen Arbeitslosen.

Der Tagesspiegel vom 17.12.2006

Oliver Moritz und Silke Schmitz

2.10 NEUE FOLGE **Verrückt nach Clara**
Liebe hoch drei Folge 5/8

(1. Staffel Serie, - Da Clara Mariz

SUPER TV vom 26.1.2007

Aktuelles Informationsangebot der Linksfraktion

querblick, das Infoblatt für feministische Politik und Geschlechtergerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE., Ausgabe 1
Vierteljährlich bündelt der querblick Informationen über parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Hinzu kommen eine Schwerpunktseite, eine Debatte zu einem kontroversen Thema und der Dialog mit außerparlamentarischen Bewegungen.

Flyer »Datenschutz verbessern – Bürgerrechte stärken«: Datenschutz?



Geht mich nichts an – ich habe nichts zu verbergen. So denken viele Menschen. Das ist ein Irrtum. Denn Datenschutz ist ein Grundrecht – und das aus gutem Grund. Mit diesem Folder bietet DIE LINKE. einen Überblick über den Datenschutz und seine Entwicklung. Und präsentiert

Tipps, wie Bürgerinnen und Bürger ihre Daten besser schützen.

Die nächste »clara« erscheint am 16. April.

Ramelow, Gott und die Welt

Bodo Ramelow von der Linkspartei präsentierte gestern in Jena sein Buch »Gläubig und Genosse«. Darin hat er zu allem was zu sagen – bis auf eines.

JENA.

Das also ist ein Exot. Über ihm hängt ein Weihnachtskranz, vor ihm 40 Grauhaarige. „Ja, ich bin ein Exot“, sagt Ramelow und haut seine Hand auf den Tisch der Jenaer Buchhandlung, dass ein paar der grauen Haare zusammenzucken. Ramelow ist in der Tat ein Fremdkörper. Als Wessi in der Ost-Partei PDS, als Seiteneinsteiger im Parlament, als Protestant unter lauter Sozialisten. Nun hat er ein Buch darüber veröffentlicht: »Gläubig und Genosse«. 174 Seiten von und über Bodo Ramelow, für die er befragt wurde vom einstigen Jungen Welt-Chefredakteur Hans-Dieter Schütt.

Ramelow erzählt von seiner Jugend in einer Pfarrersfamilie, seinem Streit mit Jugendpfarrern und atheistischen Sozialisten. Und wie er zum Glauben zurückfand, bei den Streiks in Bischofferode. Doch er hat noch viel mehr, durchaus kurzweilig, zu erzählen: Über seine Scheidungen, seinen Lieblingswein und natürlich ganz viel über seine PDS, die jetzt Linkspartei heißt und mit Lafontaines WASG fusionieren wird. Er lobt das PDS-Bekenntnis zur DDR-Vergangenheit, die marxistischen Strömungen und die Streitkultur seiner Partei. Und dass Gregor Gysi zwar wichtig sei, es aber irgendwann ohne ihn gehen müsse.

Wird Ramelow dann Fraktionschef – oder Parteichef? Darauf, sagt er, denke er gar nicht nach. Ausgerechnet.

Thüringer Allgemeine vom 6.12.2006

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG